

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Auffahrt“, „Sozialistische Literatur-Anschauung“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichshagen-Str. 105, Rathhausstraße 100, sowie durch alle Ausverläger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rml. + 3 Pf. Trägergeld + 0.50 Rml., monatlich 1.75 Rml. + 35 Pf. Trägergeld + 2.10 Rml. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2.46 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärtig 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Verfallungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen) abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Deutschnationale und Nationalsozialisten fallen völlig um

Früher für Getreidehandelsmonopol, heute dagegen und für freien Getreidehandel und Getreidewucher sind sie etwa inzwischen geschmiert worden?

In der Mittwoch-Sitzung des Untersuchungsausschusses des Reichstages für die Roggenausfuhr zeigte sich deutlich, daß besonders die Deutschnationalen den Ausfuhr zur Befriedigung ihrer demagogischen und agitatorischen Bedürfnisse in dem Kampf gegen ihren fraktionellen Kollegen Schiele benutzen möchten. Das gilt allem vor dem deutschnationalen Agrarier Stubben-dorf. Er vertritt systematisch die Verantwortung für alle Notstände der Landwirtschaft in den letzten Jahren dem Kommissar für die Roggenausfuhr Dr. Saade in die Schuhe zu schieben. In der Roggenausfuhraktion war die unter starkem Einfluß des Reiches stehende Deutsche Getreidehandels-gesellschaft maßgebend beteiligt. Einer ihrer Direktoren war am Mittwoch als Zeuge geladen. Um ihn, den Herrn Sinatohn, von weiteren zu kompromittieren, machte Stubben-dorf, allerdings ohne Erfolg, vor dem Ausfuhr-ausschuss eine Feststellung über den Lebenslauf des Zeugen durch-zugehen. Warum dieser Eifer? Nun, weil Herr Stubben-dorf selbst keine laubere Beize hat. Stubben-dorf, damals noch im trauten Verem mit Herrn Schiele, war es, der sowohl 1928 wie 1929 im Reichstag Anträge mit dem Ziel einbrachte, die Mittel der Deutschen Getreide-handelsgesellschaft für eine allgemeine Roggenausfuhraktion von 30 Millionen über 60 Millionen Mark hinaus zu erhöhen. Inzwischen sind den deutschnationalen Landwirten die Preise für Getreide nicht hoch genug gestiegen. Darum bemühen sie heute, so zu tun, als ob sie niemals eine planwirtschaftliche Organisation des Getreidehandels verlangt hätten. Als der sozialdemokratische Abg. Hilferding Herrn Stubben-dorf in der Mittwoch-Sitzung des Untersuchungsausschusses auf den Widerspruch in seiner Rechnung vom Jahre 1929 und von heute hinwies, zeigte er auch nicht die geringste Luft, auf eine sozialdemokratische Anfrage zu antworten, warum er plötzlich so scharf gegen eine Getreidemonopolisierung ist, obwohl die Deutschnationalen stets mit zu den Befürwortern des Getreidemonopols gehört haben.

für eine straffe Organisation der Wirtschaft unter Ausschaltung des Handels ein. Im Roggenausfuhr haben sie am Mittwoch eifrig gegen jedes Getreidemonopol und für die Unterfütterung des freien Getreidehandels gekämpft. Diese Unterfütterung dürfte dem Getreidehandel am so unerwarteter gekommen sein, als noch am 3. Februar in dem Berliner Volksblatt zu lesen war, daß sich der Getreidehandel an der Roggenausfuhr zu Seiten der deutschen Steuerzahler bereichert habe.

Die wesentlichste Aufgabe des Roggenausfuhr-ausschusses ist es jetzt, die Diskussion so zu führen, daß sich der Ausfuhr wirklich mit dem beifällig, wozu er eingesetzt worden ist, nämlich mit der Unterfütterung der Roggenausfuhr. Die Sozialdemokratie hat am Mittwoch im Ausfuhr einen Vorstoß in dieser Richtung unternommen. Abg. Hilferding (Soz.) verlangte für die Sitzung eine Einschränkung des nächsten Arbeitsgebietes auf drei Fragen, durch deren Beantwortung zunächst die erste Frage nach der Stellung der Getreidepolitik der Regierung gelöst werden kann. Diese Fragen sind:

1. Konnte die bisherige Zollpolitik trotz der drei Jahre hindurch während enormen Roggenüberschusses auch nur einigermaßen ausreichende Preisverhältnisse auf dem Inlandsmarkt gewährleisten?
2. Hätte nicht die Beibehaltung des Einfuhrzollsystems das deutsche Volksermögen schwer geschädigt, weil Roggen und Hafer auf dem Auslandsmarkt verschleudert worden wären und Dänemark und Holland mit Hilfe des billigen deutschen Futtergetreides unsere eigene Veredelungswirtschaft niederbrennen hätten?
3. Konnte die Umteilung von ausländischen Getreide auf deutschen Boden durch die freie Hand überlassen bleiben oder mußte hier durch die Einmischung der öffentlichen Hand Hilfe geleistet werden?

Nachdem durch diese Fragestellung die Grundlage für die Arbeiten des Untersuchungsausschusses gegeben war, nahmen die anwesenden Sachverständigen Stellung. Der Vertreter des Getreidehandels, Arthur Lehmann, und der Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrats, Schindler, entwickelten vollkommen gegenläufige Auffassungen. Während der Sachverständige des Getreidehandels Hand in Hand mit Herrn Stubben-dorf Propaganda für die Beibehaltung der Einfuhrzölle machte — die den Ein- und Ausfuhrhandel wesentlich förderten — wandte sich der Vertreter des deutschen Landwirtschaftsrats gegen eine Abstellung der deutschen Getreidepolitik auf das Einfuhrzollsystem.

Die Wirtschaftslage, Lohnabbau und Preispolitik im Reichstag

Abrechnung mit den kommunistischen Gewerkschaftszerstörern

Berlin, 4. Februar (Eig. Bericht). Zur Beratung kommt im Reichstag zunächst ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Notverordnung über das Schlichtungswesen in Verbindung mit Interpellationen der Kommunisten und Sozialdemokraten über die Lohnsenkungsaktion der Regierung.

Abg. Schröder-Kerzberg (Komm.) begründet die kommunistische Interpellation. Unter dem Druck der Regierung seien in letzter Zeit Lohnsenkungen vorgenommen worden, die in einzelnen Zeitkategorien bis zu 50 Prozent gegangen seien. Dabei sei das Lohnniveau der deutschen Arbeiter ohnehin weit niedriger als das der Arbeiter in anderen Ländern.

Anlagen errichten, die vielleicht 150 000 Arbeiter beschäftigen würden. Aber

am zum Ende der Reparation zu kommen, ist die Politik notwendig, die die Sozialdemokratie seit Kriegsende getrieben, und die bereits eine so kurze Herabsetzung der Reparationssumme von den 132 Milliarden des Londoner Ultimatums auf den Haupplan gebracht hat.

England hat eine innere und äußere Staats-schuld von 153 Goldmilliarden, Frankreich von 175 Goldmilliarden, und wir hätten nicht weniger wenn wir die Politik trieben, die die äußerste Rechte und Erste empfehlen.

Kann darf an den tieferen Ursachen der Welt-wirtschaftskrise nicht vorübergehen. Dazu gehören die Strukturänderungen der Wirtschaft, die schon vor dem Krieg begonnen haben. Durch die Schaffung von 11 000 Kilometer neuer Grenzen in Europa sind neue Industrien in anderen Ländern emporgekommen. Auch die Entwicklung der amerikanischen Produktion und die überreife Rationalisierung haben zu unserer heutigen Situation beigetragen. Der Kampf um die Rohstoffgebiete und Erdöl, Gummi, Baumwolle usw. ist heute nicht geringer, als vor dem Kriege, bedeutet eine nicht kleinere Kriegsgeschichte. Die Nationalsozialisten wollen die deutsche Industrie wieder zur Kriegswirtschaft machen. Sie begegnen sich darin mit den Plänen der französischen Schwerindustrie. Es ist bezeichnend, daß die „Deutsche Bergwerkszeitung“ kommunistischen einen Artikel des Organes der französischen Schwerindustrie abgedruckt hat, wonach der Ausbau der französischen Ölfelder, sowie die Ver-ehrung der Röhren in der Hochalpenwelt, in Polen usw., die französische Schwerindustrie nötig, neue Abhängigkeit zu machen, und daher solle man Deutschland erlauben, neu an-zuschließen unter der Bedingung, daß dies mit französischer Gegenleistung geschehe. (Andererseits kann dieser Punkt auch) Der Redner tritt namhafte Sachverständige zum Beweis für die ungeheure Irreführung des deutschen Volkes vor. Seit 1750 Millionen an die Kartelle, für die Preisstreikerei der Privatmonopole, die dadurch gesteigerten

Lebenshaltungskosten, was wieder dazu führt, daß der freie Produzent während sinkendem Erlös und steigenden Kosten zerrissen, das Steigen der Kaufkraft des Geldes verhindert und die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands verzerrt wird. Der Kapitalmangel hat nicht zum Geringsten seine Ursache in dem übertriebenen Ausbau der Industrie, z. B. im Bergbau, wo von 200 neuen Schächten 105 wieder stillgelegt wurden; die Betriebe verschwanden, aber das Anlagekapital muß weiter verzinst und getilgt werden. Diese Belastung kann die Wirtschaft nicht dauernd ertragen. Es gibt Preisentfaltungen, die nicht ohne weiteres durch Lohnsenkungen wettgemacht werden können, weil in gewissen Industrien der Lohn nur die Hälfte, im Handwerk sogar nur 10 Prozent der Selbstkosten ausmacht. Will man da die Preise auf Kosten der Lohnsenken, so bleibt von den Löhnen schließlich gar nichts mehr übrig. Der Reallohn ist in den letzten Jahren durch Preisentfaltungen und Kurzarbeit weit mehr reduziert worden als allgemein bekannt ist. Der 20 prozentige Lohnabbau der Stahlhütte Weidewich wird selbstverständlich von den Gewerkschaften aller Richtungen abgelehnt. Die äußerste Rechte beschwindelt mit ihrem vorgepiegelten Antikapitalismus die Leute im Lande draußen. Das Schlichtungswesen soll in wirtschaftlich normaler Zeit die Wirtschaft vor schweren Erschütterungen bewahren und auch in Notzeiten unnötige Unterfütterung vermeiden. Selbstverständlich kann der durch die Notverordnung vom 9. v. Mts. geschaffene Zustand nicht dauernd sein. Wir beantragen Überweisung des Aufhebungsantrages zu gründlicher Ausfuhrberatung.

Der kommunistische Aufruf ist täglich vorbeizugehen. Nicht den Arbeitern zu helfen war der Zweck, sondern kommunistische Parteipolitik zu fördern. Ganz offen haben das (zu den Kommunisten gewandt) Ihre Zeitungen, Druckschriften und Kongresse ausgesprochen, ein politischer Mahnruf sollte es sein. (Lebhafte Zustimmung der Komm.) Er sollte endlich zu einer kommunistischen Gewerkschaft verhalten. Wir einer solchen Gründung sind Sie (zu den Kommunisten) vor Jahren schon einmal gewesen. (Zu den Kommunisten) die Bewegung der Bergarbeiter in einem Verband empfohlen, jetzt wollen sie den „Korn Bergarbeiterverband“. Er wird aber nicht leben und nicht sterben können. Von den 300 000 Ruhrbergleuten haben die Kommunisten höchstens 35 000 mit roher Gewalt einen bis drei Tage an der Arbeit verhindern können. Wir haben unsere Kameraden aufgefordert, gegen diesen Terror gruppenweise anzutreten, den Knüttel in die Hand zu nehmen und das Gefindel zum Teufel zu jagen. (Andererseits) Geheiß der Kommunisten, von denen einer den zweiten Ordnungsruf erhält.) In den Kolonien wurden die Wohnungen anderer Kameraden mit Kreide bezeichnet, Erwerbslose warteten darauf, um den Arbeiter, wenn er herauskommt, zu verprügeln. Zwei unserer Leute sind einfach aus dem Hinterhalt niedergeschossen worden. Das werden sich die Gewerkschaften nicht gefallen lassen; sie sind nicht ein Apparat der „Gewerkschaftsbürokratie“, sondern was im Ruhrkampf geschah, ist bestimmt worden durch die in Arbeit hehenden Funktionäre, nicht durch die Angestellten. Wir haben den Lohnabbau nicht gutgeheißen, aber die Gewerkschaften können nicht all das fordern, was sie wünschen, sie müssen die Wirtschaftslage in Betracht ziehen und genau prüfen, was zum Nutzen der Arbeiter ausschlägt. (Obermajr Goebels erhält einen zweiten Ordnungsruf.) Ihnen (zu Herrn Goebels gewandt) stehen solche Zwischenrufe besonders gut an, dessen finanzielle Unterstützung durch die Unter-nemer unbekannt ist. Die Hitler, Fried und Jung haben die Schwerindustrie mit ihrem nationalsozialistischen Programm begeistert. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aber sind sich ihrer ersten Verantwortung bewußt. Nur durch geschlossene

Bereinbarung zwischen Brüning und der Volkspartei

Brüning will sich eine Ermächtigung zur weiteren Ausgabenentlastung geben lassen

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsminister und der Deutschen Volkspartei über Abträge an dem Haushaltsplan für 1931 führten zu folgender Vereinbarung:

1. Welche Einnahmeausfälle infolge der Einflüsse der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse gegenüber den Etatsansätzen eintreten können, läßt sich heute mit voller Sicherheit endgültig nicht übersehen.
2. Der Reichsminister und der Reichsfinanzminister sind entsprechende Erklärungen mit der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei einig darin, daß solche Ausfälle nur durch weitere Ausgabenentlastungen und nicht durch Erhöhung irgendwelcher Steuern oder durch Vermehrung von Schulden gedeckt werden dürfen.
3. Um der Reichsregierung die einwandfreie Möglichkeit solcher Erparnisse zu schaffen, wird die Regierung den Reichstag um eine entsprechende Ermächtigung ersuchen.

Deutschnationale und Stahlhelm machen nicht mit. Ehe der Stahlhelm mit seinem Antrag auf Auflösung des Preussischen Landtages durch ein Volksbegehren an die Öffentlichkeit trat, ist er trotz inzwischen ergebnislos verlaufener Verhandlungen über diese Aktion mit den Nationalsozialisten und Deutschnationalen nochmals an Hugerberg und Hitler zurückgefallen. An dem Sturm auf Brüning herangeht. Offen-sichtlich in der Erkenntnis, daß der Aktion von vornherein eine Niederlage gewiß ist, haben Deutschnationale und Nationalsozialisten dem Stahlhelm einen ablehnenden Bescheid zuovermitteln lassen.

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem vom „Stahlhelm“ beantragten Volksbegehren, nachdem er zunächst bezweifelt, daß die Mehrheit der Stimmberechtigten dem Volksentscheid zustimmen wird: „Sturz ist hier, die Geschichte hat Geld, das der Stahlhelm nicht hat, wohl aber das Unternehmertum.“

Stahlhelm-Propaganda hat das Unternehmertum Geld. Wenn es aber anständigen Löhne zahlen soll, hat es keine...

Reichsarbeitsminister Stegerwald kündigt an, daß er in dem zuständigen Ausschuss eingehend über Lohnabbau, Schlichtung usw. sprechen werde...

Abg. Dr. Eggers (Dnat.) schließt sich dem kommunistischen Antrag an. Abg. Stürz (Natsoz.) sieht die Abhilfe gegen Arbeitslosigkeit und Lohnabbau im Kampf gegen die Reparation...

die Hälfte aller Arbeitslosen überhaupt geschäftig. Es ist auf die Dauer einfach unmöglich, es wird unerträglich...

Dabei kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die größere Ertragskraft der Arbeit auch einen Lohnausgleich bedingt...

Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise Beratung des Handelsetats im Preussischen Landtag

Berlin, 4. Februar. Der Preussische Landtag legte am Mittwoch die gemeinsame Beratung der Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung...

Gewerbeschäftigte müßte sich um das Elend der Heimarbeit mehr als bisher kümmern. Abg. Franz Hanna (Soz.) Die Sorge um die Arbeitslosen ist der Hauptgegenstand der heutigen Aussprache...

Nach ein Wort zu den Vorschlägen, die Doppelverdiener abzuschaffen, und vor allem die verheiratete Frau aus der Gewerbstätigkeit herauszunehmen...

In Jahrzehnte langem Kampf ist die Sozialdemokratie in der Sozialpolitik bahnbrechend gewesen, und sie kann mit Stolz alle Erfolge auf ihr Konto schreiben...

Blutige Krawalle in der Tschekoslowakei

Drei Arbeiter getötet Prag, 4. Februar. (Sig. Drahtbericht.) Am Mittwoch nachmittag wurden auf dem Stadtplatz in Prag im Verlauf einer kommunistischen Erwerbslosen demonstration 3 Arbeiter getötet...

Abg. Scheerich (D. Sp.) kritisierte die Kreditpolitik der Banken, die nur offen im Verhältnis zum Mittelstand nicht verständlich sei...

Mit dem Preisabbau kommen wir dem Problem der Bekämpfung der wirtschaftlichen Not näher. Sie jetzt hat er sich allerdings noch nicht fühlbar gemacht...

Entschädigungen an die Belegschaft bei Stilllegungen sind nötig Ein Initiativantrag der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Entschädigung von Angehörigen und Arbeitern bei Betriebsübertragung...

Steuererhöhungen). Die Belastungen, die sich aus der Annahme des Gesetzesentwurfs für die Arbeitgeber ergeben würden...

Die hölzernen Kreuze

von Roland Dorgelés Berichtigte Heberhebung von „Les Croix de bois“ durch Louis Rollin und Gerhard Wenzel...

„Ich hab' mein Hand auf den Lebenslohn und die...“ Die Frau schloß nur mit den Augen, als ob ihr kein Schmerz mehr würde...

zu erobern, und die müßten noch mit Toten bedeckt werden. Wenn er die Namen seiner Schlachten aussprach, diese tragischen Namen...

Endlich Stahlhelm-Volksbegehren

Zur Auflösung des Preussischen Landtages.

Die Bundesleitung des „Stahlhelms“ hat in einem Schreiben an den preussischen Minister des Innern beantragt, die Dittenauslegung für das folgende Volksbegehren zuzulassen:

Der am 20. Mai 1928 gewählte Preussische Landtag ist aufgelöst. Mit diesem Antrag charakterisiert sich die Stahlhelmleitung wieder einmal als das, was sie schon lange ist, als die Gegenangene ihrer eigenen politischen Dummheiten. Man kann es verstehen, daß den Herrschaften selbst nicht wohl bei ihrem Antrag ist, und daß das so ist, zeigt dessen Begründung in geradezu eindeutiger Weise. Darin ist nicht etwas zu lesen, warum der „Stahlhelm“ das Volksbegehren beschließt, sondern nur, daß die Aktion von den und den Anhängen dieser schwarz-weiß-roten Organisation beschlossen worden ist, also nicht weil der „Stahlhelm“ das Volksbegehren für notwendig oder gar aussichtsreich hält, sondern weil die Dummheit nun einmal beschlossen ist, kürzt man sich in geistige und finanzielle Unkosten, obwohl Selbste wie Düsterberg wissen, daß ihre Aktion im Endziel verpufft und die hierfür aufgewandten Gelder jedenfalls so gut wie zum Fenster hinausgeworfen sind.

Aber was wollten die Herren Verfasser des „Stahlhelms“ anders machen? Vor nicht ganz einhalb Jahren haben sie sich einmal ein Volksbegehren angekündigt, wie sie in Anknüpfung an die niemals durchgeführte, schon immer großartig gewesen sind. Damals lautete die Parole des „Stahlhelms“: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“. Wochentag hat man darüber geredet und für diese Parole Propaganda gemacht. Vermittelt wurde aber das angekündigte Volksbegehren niemals. Man hat nicht einmal einen Anlauf zu seiner Durchführung genommen. So war und ist es zu verstehen, daß die Parole auf Auflösung des Preussischen Landtages über den Weg des Volksbegehrens mit anschließendem Volksentscheid nicht einmal mehr von den eigenen Anhängern des „Stahlhelms“ ernst genommen wurde. Man sagte sich dort selbst: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht.“ Aus dieser Situation heraus hat man sich schließlich noch leerer Kassen und trotz aller Zerlegungs- und Einwirkungen im Lager unserer sogenannten nationalen Rechte traurigen Herzens entschlossen, den von vornherein verlorenen Kampf zunächst wenigstens einmal zu beginnen. Vielleicht wird es dem Stahlhelm gelingen, das Volksbegehren durch Einzeichnung eines Fünftels der preussischen Stimmberechtigten zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Dann kann der Volksentscheid seinen Lauf nehmen. In der Eventualität, daß ihm die Mehrheit der Stimmberechtigten die Zustimmung geben wird, glauben nicht einmal die Nazis, sondern sie sich in der Aufspaltung der politischen Leidenscharakteristika besser verstehen als die Spießbürger vom „Stahlhelm“. Es heißt, hoffen sie immer noch, daß ihrem Antrag von dem wegen irgendwelcher Schwierigkeiten gemacht werden und sie dadurch mit heiler Haut, aber mit großem Gewinn aus der Affäre herausziehen können. Ein großer Irrtum! So unverantwortlich eine Aktion, wie sie die schwarz-weiß-rote „Frontkämpfer“-Organisation ohne wirkliche Frontkämpfer jetzt gemissermaßen gegen ihren eigenen Willen ankündigt, in der gegenwärtigen Situation auch ist, sie ist geistlich zulässig und deshalb wird sie von der preussischen Staatsregierung hinstellen werden.

Es bleibt die Frage, wer sich im weiteren Verlauf der Aktion des „Stahlhelms“ schließlich in dessen Bann begeben wird, ob die Nazis und Hugenberg nachträglich mit von der Partie sein wollen und sich loszulassen unter das Kuratel des „Stahlhelms“ wollen werden. Eine der „Stahlhelm“-demokratischen Minister des Innern seinen Antrag unterbreitete, hat man in wochenlangen Verhandlungen versucht, den famigen Reichsausschuß Hugenberg-Seldte-Hiller zu belächeln. Das selbändige Vorgehen des „Stahlhelms“ zeigt, daß diese Behauptung ergebnislos verlaufen sind. Sie scheiterten nicht aus sachlichen Gründen, sie scheitern, weil die verschiedenen parteiischen Gruppen in dem Kampf gegen die „Stahlhelm“-Führung haben wollten. So war die Pleite der Seldte und Düsterberg wegen kleiner Eifersüchteleien bereits besiegelt, ehe sie ihren Antrag fabrizierten. In diesem Sinne wünschen wir den Herrschaften weiterhin viel Glück!

Der Steuerauschuß vermag zahlreiche Anträge

Auf der Tagesordnung des Steuerauschußes Reichstages standen am Mittwoch Anträge zum Generalmäßiger Steuererlass, zur Aufhebung der verschiedenen Umsatzsteuer der Konsumvereine und Konsumhäuser, zur Aufhebung der Lohnsteuer und schließlich noch Anträge, die die Offenlegung der Steuerrollen münchsten.

Dazu gab Reichsfinanzminister Dietrich folgende Erklärung: Die Annahme der zur Debatte stehenden Anträge wird zusammen mit anderen vom Reichstag geforderten Ermäßigungen 30 Millionen kosten, und zwar die Aufhebung der Mineralwassersteuer 30 Millionen, die Befreiung der Gemeindegetränksteuer von alkoholischen Getränken 30 Millionen, die Aufhebung der ersten Umsatzsteuer 27 Millionen, wenn dazu noch die reichliche Steuerbefreiung der pasteurisierten Milch von der Umsatzsteuer mit 9 Millionen hinzukommt, so bedeutet das einen Zusatz von insgesamt 96 Millionen Mark, von denen 70 Millionen auf das Reich und 26 Millionen auf Länder und Gemeinden entfallen. Dabei sehe ich noch ganz ab von dem kommunikativen Lohnsteuerantrag, der 1300 Millionen kosten würde. Bei der gegenwärtigen ermittelten Finanzlage nicht nur im Reich, sondern auch in den Gemeinden, die steigende Wohlfahrtskosten zu tragen haben, muß ich dringend davor warnen, noch diesem Etatsjahr Steuererlassungen vorzunehmen.

Von den hinter der Regierung stehenden Parteien wurde beantragt, die Beratung des Antrages über die Offenlegung der Steuerrollen bis zur Vorlegung der Denkschrift, die nach der Erklärung des Reichsfinanzministers in Ausfertigung ist und vor ihrem Abschluß steht, auszusetzen und die Zustimmung über die übrigen Anträge mit Rücksicht auf die Erklärung des Reichsfinanzministers über die gegenwärtige Finanzlage in Reich, Ländern und Gemeinden zu vertagen. Für die Sozialdemokratie erklärte Abg. Dr. Gehr, daß die Anträge der Regierungsparteien auf Vertagung der Entscheidung über Steuerermäßigungen im jetzigen Augenblick zu vertagen, weil es zunächst gelte, unter allen Umständen die Konsolidierung des Haushalts herzustellen. Sobald die Finanzlage sich etwas günstiger gestaltet, werde die Sozialdemokratie alles tun, um in erster Linie die Ausnahmesteuer gegen Konsumvereine zu beseitigen. Der jetzt gestellte Antrag der Nationalsozialisten, die Ausnahmesteuer gegen Konsumvereine und Konsumhäuser zu verdoppeln, sage, wie unverständlich die Nationalsozialisten sind. Die einzige Wirkung des Antrages sei weitere Vertagung der Lebensmittel der Arbeiter der Konsumvereine. Die Sozialdemokratie wünsche die baldige Vorlegung der vom Reichstag im vorigen Jahre beschlossenen Denkschrift über die Erfahrungen mit

der Offenlegung der Steuerrollen im Auslande. Da der Minister mitgeteilt habe, daß diese Denkschrift vor ihrer Vollendung stehe, sei nichts dagegen einzuwenden, daß die Beratungen des Ausschusses über einen so entscheidenden Schritt zur Herstellung von Steuerehrlichkeit erst stattfinden, wenn die nötigen Unterlagen geliefert sind, besonders da das bald geschehen werde. Der Vertagungsantrag wurde angenommen.

Französische Banken beteiligen sich an einem Reichskassenkredit

Es steht nunmehr fest, daß sich französische Banken an der Beschaffung eines Reichskassenkredits beteiligen werden. Das Reich hat nominell 300 Millionen Mark Vorzugsaktien der Reichsbahn an deutsche Versicherungsgesellschaften und an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verkauft. Die letztere war aber nicht in der Lage, den Gegenwert sofort an das Reich auszugeben, so daß eine Zwischenfinanzierung im Betrage von 130 Millionen Mark erforderlich wurde. Die von dem amerikanischen Bankhaus Lee, Higginson u. Co. geführten Verhandlungen mußten vor 14 Tagen wegen des Sturzes des französischen Kabinetts Steeg unterbrochen werden, weil sich die Banken erst vergewissern wollten, ob die neue Regierung Laval zu der Beteiligung der französischen Banken an deutschen Reichskassenkredit ebenso positiv stehen würde wie ihre Vorgängerin. Diese Klärung ist inzwischen erfolgt, und es ist nunmehr sicher, daß die französischen Banken unter der Führung der Banque de Paris et des Pays-Bas sich an der Geldbeschaffung beteiligen werden. Das Ausmaß der französischen Beteiligung steht noch nicht fest, doch dürfte auf Frankreich der kleinere Teil des gesamten Kredits von 32 Millionen Dollar oder rund 130 Millionen Mark entfallen.

Wenn die französischen Banken sich an diesem Kredit beteiligen, so tun sie es natürlich in erster Linie aus geschäftlichen Gründen. In einem Kredit für das Deutsche Reich wird mehr verdient als an einem Kredit für den französischen Staat. Das ist sich dabei aber auch um ein Ereignis von einiger politischer Tragweite handelt, ergibt sich aus der Einholung der Zustimmung der französischen Regierung. Die Beurteilung des Geschäftes vom deutschen Standpunkt hängt zunächst von der Höhe der zu zahlenden Zinsen ab. Darüber hinaus aber ist die Beteiligung Frankreichs an einem Kredit für das Deutsche Reich ein Zeichen für die Bereitschaft zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit, dadurch für die Politik zwischen den beiden Staaten nur günstig beurteilt werden kann.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß französisches Kapital bei der Geldbeschaffung für einen deutschen Reichskredit beteiligt ist. Französische Banken haben schon im Juli 1929 — freilich mit erheblich geringeren Beträgen — sich an dem 50 Millionen Dollar-Kredit für das Reich beteiligt, der damals unter der Führung von Dillon Read u. Co. zustande gekommen ist.

Verbot eines nationalsozialistischen Lügenblattes

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ ist vom 4. Februar an bis einschließlich 16. Februar auf Grund des Republik-Schutzgesetzes verboten worden, weil der am 3. Februar erschienene Artikel „Vollzorn über den Roten“ eine ausdrückliche Billigung enthält.

Am Mittwoch ist das Rotenblatt noch erschienen. Wiederum voller Lügen und gehässiger Angriffe gegen die Republik und ihre Repräsentanten. So behauptet das Rotenblatt u. a., daß der nationalsozialistische Parteivorsitzende Dr. Goebbels niemals polnische Landarbeiter beschäftigt hat. Seltener ist dreifach gelogen worden. Tatsächlich hat Goebbels, was durch amtliche Ermittlungen bestätigt ist, 20 polnische Landarbeiter beschäftigt, trotzdem die Nationalsozialisten in Pommeren und anderen Landesteilen fortgesetzt gegen die Zulassung fremdstämmiger Arbeiter hetzen und noch hetzen.

Wenn Goebbels zur Zeit, d. h. im Winter, keine polnischen Arbeiter beschäftigt, dann nur, weil er für sie, wie alle Agrarier, augenblicklich keine Arbeit hat. Die polnischen Landarbeiter sind Saisonarbeiter, für die in Deutschland nur im Sommer Arbeit vorhanden ist die deshalb im Winter in ihre polnische Heimat zurückkehren. Das Goebbels 1930 polnische Landarbeiter beschäftigt hat, kann zwar die nationalsozialistische Presse in ihrer Verlogenheit betreiten, nicht aber Goebbels selbst.

Jarnows Lügen- und Verleumdungsbuch beschlagnahmt

Amtlich wird mitgeteilt: „Auf Grund der Strafanträge des Landtagsabgeordneten Ruttner und des Oberpräsidenten Koste hat die Staatsanwaltschaft I Berlin die Beschlagnahme des Buches „Gefesselte Justiz“ von Gottfried Jarnow beim Amtsgericht Berlin-Ritte beantragt. Das Amtsgericht Berlin-Ritte hat die Beschlagnahme ausgesprochen, da das Buch Verleumdungen der Genannten enthält und nach § 94 Strafprozeßordnung in Verbindung mit den §§ 40-41 Strafgesetzbuch der Einziehung unterliegt.“

Inzwischen sind die bei dem Münchener Verleger des Buches und seinem Verfaller noch vorhandenen Bestände des Buches beschlagnahmt worden.

Selbstmord eines nationalsozialistischen Mörders

Der in der Nähe von München verhaftete Berliner Arbeiter Kollatz, der einer Sturmabteilung der Berliner Nationalsozialisten angehörte und in der Reichswehr in der Infanterie zwei Reichsbannerleute tödlich verletzt haben soll, hat im Münchener Polizeipräsidium nach kurzer Vernehmung angegeben, daß er mit der von der Berliner Polizei unter dem Verdacht der Täterschaft gefassten Person identisch ist.

Neue Lügen der „Roten Jahre“

London, 3. Februar (Eigener Drahtbericht) Die Berliner „Rote Jahre“ hatte am vergangenen Mittwoch ihren Fernern in fernem Letztem erzählt, daß der britische Finanzminister einen Brief an die englischen Unternehmer und Bankiers geschrieben habe, in dem er einen zehnprozentigen Lohn- und Gehaltsabbau für alle Arbeiter und Angestellten empfiehe. „Kein wahres Wort“, erklärte hierzu am Dienstag nachmittag Sander in der Unterhausdebatte, als er von einem Abgeordneten über diese Behauptung öffentlich interpellierte wurde.

Die erste Niederlage Laval

Paris, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht) Die Regierung Laval hat am Mittwoch während der Budgetdebatte die erste Niederlage erlitten, die jedoch, da es der Budgetminister Petri vorzüglicher Weise unterlassen hatte, die Vertrauensfrage zu stellen, ohne Konsequenzen geblieben ist. Bei der Beratung der Ausgaben für die öffentliche Gesundheit stellte der Abgeordnete Masson den Antrag auf Erhöhung der Beihilfen für Alters- und Invalidenzentner, die Petri mit der Begründung ablehnte, daß diese Erhöhung den Budgetüberschuß von ungefähr 40 Millionen aufzehren würde. Inghem wurde der Antrag mit 470 gegen 27 Stimmen der Kammer überwiesen.

Paris, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht) Das französische Parlament wählte am Mittwoch den sozialistischen Abgeordneten Paul Boncour für das laufende Jahr wiederum zum Präsidenten der auswärtigen Kommission. Als Generalberichterstatter für das Budget wurde im zweiten Wahlgang der radikale Abgeordnete Lamoureaux mit 22 gegen 21 Stimmen der Regierungsparteien gewählt.

Frankreich lehnt jede Aufwertung ab

Paris, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht) Die langwierige Kontroverse zwischen der englischen und französischen Regierung um die Aufwertung der im Kriege in London aufgelegten französischen Anleihen ist nunmehr mit einer entschiedenen Weigerung Frankreichs beendet worden. Aus dem Notenwechsel, der am Montag auf Drängen der englischen Regierung veröffentlicht wurde, geht hervor, daß sich Frankreich in diesem Streit nicht gerade ehrenvoll geschlagen hat. Der englische Schatzkanzler hatte zur Stützung seiner Aufwertungsforderung zwar nur das Prinzip der Billigkeit in die Waagschale geworfen. Die französische Regierung machte aber auch nicht die geringste Bemühung, dem englischen Standpunkt entgegenzukommen. Sie verhielt sich hinter die rein juristische Argumentation, daß die französischen Kriegsanleihen in Franken ohne Goldanleihen ausgegeben worden seien und daß nach der französischen Gesetzgebung der Papierfrank dem einstigen Goldfrank gleichzusetzen sei. Eine Aufwertungsverpflichtung bestehe also nicht. Auch der englische Vorschlag nach Anrufung des Internationalen Gerichtshofes im Haag wurde abgelehnt. Die letzte französische Note erklärt, die Frage der Frankenaufwertung gehe nur die französischen Gerichte an, die bereits eindeutig entschieden hätten, daß Frank gleich Frank sei.

Jaleffi freut sich über seinen „Erfolg“

Warschau, 4. Februar. (Eig. Drahtb.) Im Auswärtigen Ausschuß des Senates erhaltene der polnische Außenminister Jaleffi am Mittwoch Bericht über den Verlauf der Januartagung des Völkerbundesrates. Jaleffi brachte es fertig, die Entscheidung des Völkerbundesrates in dem deutsch-polnischen Minderheitenstreit als Erfolg der polnischen Delegation hinzuspinnen. Im einzelnen führte er an:

In dem vom Völkerbund einstimmig angenommenen Beschluß steht kein einziger Satz über eine internationale Untersuchungskommission; in dem keinen Verordnungen die Rede und auch von keinen Spezialagenten für die Zukunft. Wohl aber hat man Kenntnis genommen von den Verordnungen, die die polnische Regierung herausgegeben hat. Ferner hat man festgestellt, was für uns sehr wichtig ist, daß in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung keine Organisation mit nationaler Aggression tendenz tätig sein darf. So daß sich also der Völkerbundsbeschuß in seinen Hauptpunkten mit dem, was die polnische Regierung aus eigener Initiative getan hat, und was sie tun will für die definitive Verteidigung einer lokalen Minderheit mit der Mehrheit im Staat. Die Art, wie Jaleffi hier den Völkerbundsbeschuß auslegt, kann nicht anders als Verhöhnung des Völkerbundsrates bezeichnet werden.

Rußland nimmt an der Abrüstungskonferenz teil

London, 4. Februar. (Eig. Drahtb.) In der Mittwochssitzung des Unterhauses teilte Außenminister Henderson in Erwiderung auf eine Anfrage mit, daß Rußland an der großen Abrüstungskonferenz des Völkerbundes teilnehmen werde.

Neue ukrainische Minderheitsbeschwerde

Genf, 3. Februar. (Eig. Funterbericht) Der Nationalrat der ukrainischen Minderheit in Polen hat dem Völkerbund eine neue, umfangreiche Beschwerde schrift zugehen lassen, in der nicht weniger als 183 namentlich angeführte und mit Photographien belegte Fälle von neuen Gewalttaten der polnischen Behörden gegen wehrlose Ukrainer dargestellt werden. Der ukrainische Nationalrat hat den Völkerbundsrat gleichzeitig dringend um die sofortige Entsendung einer Untersuchungskommission des Völkerbundes gebeten.

Alle spanischen Universitäten geschlossen

Paris, 3. Februar. (Eigener Funterbericht) Durch Verordnung des spanischen Königs sind sämtliche Universitäten in Spanien für einen Monat geschlossen worden. Begründet wird das Dekret damit, daß, um die Räderte zu normalen verfassungsmäßigen Verhältnissen zu erleichtern, jede Störung der öffentlichen Ordnung bis zu den Neuwahlen am 6. März vermindert werden müsse. Der Kultusminister erklärte, daß er eventuelle Protestdemonstrationen von Professoren gegen das Dekret nicht annehmen werde.

Kemal Paschas Blutherrschaft in der Türkei

28 Hinrichtungen an einem Tage. Smyrna, 4. Februar. (Eig. Funterber.) Von den in dem Prozeß gegen die Verschwörer von Nemence verhängten 32 Todesurteilen sind am Dienstag 28 vollstreckt worden. Die Geleiten waren über das ganze kleine Städtchen Nemence verteilt. Zwischen haben die Verhandlungen gegen die zweite Gruppe der Angeklagten begonnen, darunter befinden sich auch mehrere Frauen. Täglich erfolgen neue Verhaftungen, so daß das Ende der Verhaftungspraxis hier nicht abzusehen ist.

Traumaplast

WERTHEIM

Billige Lebensmittel

BRESLAU

Tel.-Sammel-Nr. 22111

Freitag und Sonnabend

Sowelt Vorrat. — Leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugezogen

Frisches Fleisch

Schweinebauch mit Beilage Pfund	0.70
Schweinerücken mit Beilage Pfund	0.85
Schweine-schinken mit Beilage Pfund	0.80
Pökel-Rinderbrust Pfund	1.00
Lungenfleisch Pfund	0.75
Suppenfleisch Pfund	0.80
Schmorfleisch mit Knochen Pfund	0.90
Schmorfleisch ohne Knochen Pfund	1.10
Hammel-vorderfleisch Pfund	1.00
Kalbskammer Pfund	0.85
Kalbsgulasch Pfund	1.10
Kalbfileisch ohne Knochen Pfund	1.30
Grüner Speck Pfund	0.80

Käse und Fett

Camembert vollfett, Stück	0.22
Dessertkäse 1/2 Schokolade	0.38
Limburger halbfett, Pfund	0.54
Harzer Käse 3 Pfund-Kiste	0.95
Tilsiter ohne Rinde 1-Pfund-Block	0.80
Holländer vollfett, Pfund	0.92
Schweizer bayr. Pfund v. an	1.18
Rindertalg 1/2 Pfund-Paket	0.24
Schweizer dänisch, Pfund	0.94
Spitzkäse 5-Pfund-Kiste	1.05
Margarine 1 Pfund-Paket von an	0.40
Kokosfett 1-Pfund-Tafel	0.40
Tafelbutter Pfund	1.58
Bienenhonig 1/2 Glas	1.25

Marmelade

Vierfrucht-Marmelade 2-Pf.-Eimer	0.74
Aprikosen-Konfitüre	1.05
Orangen-, Erdbeer-Konfitüre	1.18
Weichselkirsch-Konfitüre	1.28
Erdbeer-Konfitüre	1.32

Wein

Flaschenwein 1/2 l. m. Glas	
Oberhardter Rheinwein	0.85
Hainfelder Letten	1.05
Malvasier Griechischer Süßwein	1.05
Tarragona rot. vollstb.	1.15
Weinbrand-Versch.	2.95
Rum-Verschnitt	3.40
Fußwein Liter	
Cyder-Apfelwein	0.72
Johannisbeerwein 0.95	0.76
Maikammerer	0.95
Vermouth	1.05
Tarragona vollstb.	1.15
Kräuterweine mit Stensdorfer und St. Anna-berger Aroma	1.20

Wild, Geflügel

Bratgänse Pfund von an	0.92
Ung. Stopfgänse Pfund	1.10
Gänsefile Pfund von an	0.90
Hühner geföhren, Pfund v. an	0.95
Enten Pfund v. an	0.95
Hasenkeulen oder Rücken Pfund v. an	1.95
Eier 10 Stück v. an	0.88
Hirschblatt Pfund von an	0.95

Obst

Tomaten Kanarische, Pfund	0.30
Zitronen Dutzend	0.35
Apfelsinen lose, 3 Pfund	0.58
Tafeläpfel Pfund	0.38
Blutapfelsinen lose, Pfund	0.28
Pampelmusen Stück	0.30
Apfelsinen Kiste 100 und 150 Stück	2.75

Kolonialwaren

Erbsen gelb Pfund	0.17
Linzen Pfund	0.17
Bohnen weiß Pfund	0.17
Bruchreis Pfund	0.17
Erbsen grün Pfund	0.20
Glasreis Pfund	0.20
Erbsen 1/2 geschält Pfund	0.23
Haferflocken Pfund	0.23
Eier-Schnittmudeln	0.44
Pflaumen kalt, Pfund	0.40
Backobst gemischt Pfund 0.76, 0.56	0.35
Sultaninen Pfund 0.72, 0.58	0.48
Mandeln süße Pfund	1.36
Schokoladenpulver (Bensdorf) Pfund	0.86
Pudding Vanille, Mandel Pfund	0.44
Röstikaffee Pfund von an	1.80
Keksmischung Pfund	0.60

Wurstwaren

Bratwürstchen 2 Paar	0.40
Würstchen 5 Paar	0.40
Knackwürstchen (Oppelner Art) Paar	0.20
Krakauer Art	1.40
Blut- und Leberwurst Pfund	0.60
Leberwurst Hausmacher Pfund 1.50	1.20
Meiwwurst Berliner Pfund	1.20
Sardellen- und Kalbsleberwurst Pfund	1.40
Jagdw., Mortadella Pfund	1.30
Braunschweiger Pfund	1.20
Teewurst Pfund 1.80	1.40
Zervelat Holzsteiner und im Feldarm	1.80
Salami Pfund	1.60
Gehackte Schinken 1/2 Pfund	0.45
Räuderspeck Pfund	0.88

In dieser Woche:
Konserven
außergewöhnlich billig!

Stadttheater
Donnerstag, 19.30 bis 22.45
Lohnhauer
Freitag, 19.30 bis geg. 23
Hörsing
Die große Nadelante
Sonnabend, 20.15 h. geg. 23
Liedland

Schauspielhaus
Nr. 363 09 Tägl. 8 Uhr
Sonntag auch 4 Uhr
Lori Leux
Viktorian. ihr Husar

Gaststätte Dominikaner
Donnerstag — Freitag — Sonnabend
5., 6. und 7. Februar
11253
Stimmungsmusik — Humor
Biere der Brauerei Sternagel-Flase
Gute bürgerliche Küche Spezialgerichte
Es laden ergebenst ein Wilhelm Pfeifer u. Frau.

Billige Gelegenheitskäufe!

Sonder-Angebote:

Taschentücher zum Ausschütten	8 Pf. an
Frottiertücher	35 Pf. an
Wischtücher Halb- und Reintleinen, ges. u. gebändert	38 Pf. an
Wirtschaftsschürzen	98 Pf. an

Ferner:
Damen-Wäsche, Damen-Strümpfe sowie Bettwäsche besonders preiswert

Schlesische Textil-Centrale
Max Nebel, Taschenstr. 3/5 (an der Ohlauer Straße)

Robe-Theater
Telefon 567 47
Donnerstag, Freitag
Zum letzten Male!
Das Konto X
Sonnabend 20.15
Zum 1. Male (u. möglich)
Souper
Sternen:
Erst, Zwei, Drei
Sonnabend 19.30 — 17.45
Katharina Knie

Circus Busch
Schauspielhaus
Heute Donnerstag 8 Uhr
Erntedankfest
Schulz — Regenbaum
Leskowitz — Prochaska
Lohmeyer — Petrowicz

Unser Inventur-Ausverkauf geht weiter!
In unserer großen Konfektions-Etage radikale Räumung der gesamten Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung

Thalia-Theater
Donnerstag, Freitag
20.15 — 21.15
Zum letzten Male!
Der Mann, den kein Gewissen trübt!
Sonnabend 20.15
Zum 1. Male (u. möglich)
Das geht doch über die Schwärze
(Die Quader des Kreises)
Komödie von Selenin Katanen

BITTE
bei allen Einkäufen stets die Inseraten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Volkswohl-Lotterie
57778 Gewinne und Hauptgewinn 2 P. = 200.000
465000
150000
100000
75000
50000
Einmalige 200.000 Rm.
Doppel- 400.000 Rm. in Lose
100 = 40 Pf. extra
empfehl. u. wert. auch gegen
Freispielen und Nachnahme
Bank-
HAMBURG, Holtenauer 39
Freitag 20 Uhr

LIEBICH
Otto Reutter
Tel. 87 Sonntag 4 u. 5
Tel. 346 68

Spottbillig!
Elegant geht und neue Anzüge, Mäntel, Schuhen, Jacken und Sonstiges nur im
Leihhaus Kupferschmiedestr. 32/1

Der Wahre Jacob
Preis 30 Pf.
Sozialdemokratisches Witzblatt
Zu haben in den Volkswacht Buchhandlungen und bei den Zeitungsverlegern

Geißes Steiß
Erst bei kurzen Gelegenheiten wieder:
Eisenbahn n. S. 1 Pf. 0.45
Eisenbahn n. S. 1 Pf. 0.75
Kochbuch, 100 u. 100 1 Pf. 0.75
Schulbuch für Exzerpt 1 Pf. 0.75
Für die Redaktion verantwortlich: Walter Schulz; für die Verleger: Max Tschöke. — Redaktions- und Geschäftsstelle: Schulzstr. 3. — Druck- und Verlagsanstalt: Schulzstr. 4. — Preis u. Vertrieb der „Volkswacht“ in D. u. A. durch den Verleger.

MESSOW WALDSCHMIDT
zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit
Schönste Mäntel und gute Bücher
VOLKSWACHT-BUCHHANDLUNGEN
Neue Grapenstr. 5 / Friedl. Wilh.-Str. 105 / Flurstr. 4

In jedes Haus ein Atlas
Janners Weltatlas 2.85
Gambler's Handatlas 15.00
Das Bild der Erde 45.00
Volkswachtbuchhandlungen Breslau

Die Marsrakete
und ihre aufsehenerregende Landung beim Breslauer Ueberlaufolder F schildert voll übersprudelnden Humors Rudolf Hillebrand, der Faschings-Sonderberichterstatler der Schles. Monatshefte, im Februarheft. Dem Fasching trägt weiter eine historische Skizze „Karneval im alten Breslau“ von Dr. Ernst Scheyer, ein humorvoller Beitrag zur schles. Mundartforschung „Kustionmähr“ von Paul Majunke-Lange und eine amüsante Erzählung „Der Ausflug“ von Ilse Motzahn Rechnung. — Etwas ganz Besonderes für anspruchsvolle Lichtbildfreunde bietet T. Herwald, einer der besten schles. Amateur-photographen, in seinen ausgezeichneten „Landschaftsstudien im Riesengebirge“. Die bildende Kunst ist
in den Schles. Monatsheften durch Max Heilmichs „Volkskunst an schles. Biensstöcken“ und Dr. Olga Blochs „Alt-Tillowitzer Keramik“ vertreten. Das schöne, von Prof. Dr. Eugen Kühnemann mit einem Nachwort zu Wilhelm Bölsches 70. Geburtstag eingeleitete Februarheft enthält weiter einen bisher unveröffentlichten Brief Carl Hauptmanns, Merksprüche von Waldemar v. Grumbkow und die aktuelle Rundschau. Für 1.— RM. im Buchhandel und durch den Verlag Wilh. Gottl. Korn, Breslau 1.

Rund um die Stauensäule

Jahrhundertalte Gesetze sollen nun aufgehoben werden

Das Reglement von 1774 über die „Säuberung der Straßen in Unserer Stadt Breslau“ ist noch immer in Kraft — Auch die „Dorfpolizeiordnung für das Herzogtum Schlesien“ ver-schwindet — „Unbefugte Schriftsteller“ können nicht mehr mit „Spießruthenläufen“ — Tabak-raucher nicht mehr mit „dreistündigem Halsseilen“ bestraft werden — Wie aber steht es mit dem „Schießen auf Hochzeiten und anderen Gelagen?“

„Es erben sich Geesetz und Recht, wie eine ewige Krankheit fort.“ In diese Worte Mephistopheles in der Faustischen Schülere-gene muß man denken, wenn man von der Existenz der gegen eine Million zählenden Gesetze, Polizeiverordnungen usw., die wir in Deutschland haben, weiß. Und daß diese oft schon jahrhundert-alten Gesetze noch immer nicht so alt sind, daß sie schon längst vergessen sind, konnten die Breslauer erst unlängst bei der Ein-berufung der beider Staatskommissare erfahren. Damit aber nicht noch weiter Vernunft zum Unfuss und Wohlthat zur Plage wird, liegt nunmehr dem Landtag der Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung veralteter Polizei- und Straf-gesetze vor, durch das eine ganze Reihe alter, uraltor Ge-etze, deren Verkündung zum Teil bis auf das Jahr 1554 (!!!) zurückgeht, die nunmehr endlich außer Kraft gesetzt werden sollen. Auch unsere Stadt Breslau ist bei dieser Säuberungsaktion weitgehend berücksichtigt worden. So er-fahren wir denn, daß noch immer ein Edikt aus dem Jahre 1744 über die Säuberung der Straßen bis jetzt Geltung hat. Obgleich kaum einer, außer unseren Rechtsgelehrten, so recht klug aus dem Andernemlich werden kann, bringen wir es wärtlich zum Ausdruck. Wahrscheinlich die Hausherren von Anno dazumal müssen recht gelehrte Menschen gewesen sein, wenn sie folgende, nun aufzuhebende Verordnung richtig ver-standen haben.

„Das Reglement vom 26. Mai 1744 wie es mit Säuberung der Straßen in der königlichen Hauptstadt gehal-ten (Sammlung aller in dem souverainen Herzogtum Schlesien und dessen incorporierten Grafschaft Glatz in Finanz, Justiz, Criminal, Geistlichen Konfiskatorial-Rachen Sachen usw. usw. publizierten und ergangenen Ordnungen, Edikten, Man-daten, Reskripten usw. usw. welche von der Zeit der glor-würdigsten Regierung Friedrichs Königs in Preußen als Souverainen Obersten Herzogs von Schlesien vom 1. De-zenber 1740 bis incl. 1744 herausgelommen und durch den Druck bekannt gemacht worden. 1744 Seite 76 ff.“

Man sah wohl selber ein, wie unverständlich dieses Edikt war und gab ihm darum noch folgende Einleitung: „Dies ist die wörtliche Fassung der in unserer Stadt ein wenig gekürzt, aber beileibe nicht der Gesetzeswortlaut gemacht wurde. Genießen wir auch diese sogenannte Einleitung im Wortlaut.“

Wir Friedrich, von Gottes Gnaden, König von Preußen, usw. usw. Demnach Wir zeithero mißfällig wahrnehmen mußten, daß in Unserer Stadt Breslau, aller bis anhero publizierten Verordnungen ungeachtet, die Unlauterkeit dieser Straßen und öffentlichen Plätze dergestalt zugenommen, daß solche zu der Einheimischen und Fremden größten Beschwerlichkeit zu werden; hingegen die Notwendigkeit erfordert, daß nach dem Exempel anderer mit guten Polizeiverordnungen versehenen Städte, dieses Unwesens abgestellt, die Fierde Unserer Stadt Breslau befördert, gesunde Luft darinnen erhalten, und die Verfüge der Straße practicable gemacht und erhalten werden möge.

Als haben Wir nachstehendes Reglement zu eines jed-eden Wissenschaft hiermit zu bringen, und desselben genau Beobachtungen in allen und jeden Punkten, er sey vom Militair- oder Civil-Stande, und wie er auch nur sey, ernst-lich und unter schwerer Bestrafung einzuhärten vor nötig be-funden; zu fördern sey und verordnen Wir hiermit . . .“

Der Abschnitt XI heisst: „Jedweden Einwohner weß Standes er auch seyn mag weder durch seine eigene Domestiquen, noch auch seine Mietheute dergleichen Ordres auf die Gassen vor sein eigen oder eines anderen Haus werfen zu lassen, sondern solche in dem Hause so lange aufzubehalten, bis dieselben alle Mitwochen und Sonnabende von denen Kärnern abgeholt werden.“

Mehr Wert als die Befugigung über Still und Wortlaut dieses Dokumentes ist aber die Tatsache, daß dieses aus dem Jahre 1744 stammende Gesetz durch eine Kammerentscheidung vom 28. September 1928 (!) noch bis auf den heutigen Tag als Polizeigesetz anerkannt wurde. Es nun dieses famose Gericht annahm, daß noch heute unsere Straßen „mit Stank und Unrath angefüllt“ sind oder daß da-mit erst die „Passage der Straße practicable gemacht und erhalten werden möge“, ist uns leider nicht bekannt geworden.

Noch immer ist jene alte herrliche Dorfpolizeiord-nung für das Herzogtum Schlesien aus dem Jahre 1744 nicht ganz aufgehoben, da einzelne von diesen 17 Ab-schnitten noch Vorschriften enthalten, die heute noch immer angewandt werden. Auch damit soll der Preussische Landtag demüthigt aufträumen. Ehe nun dadurch end-gültig dieses Gesetz verschwindet, wollen wir wenigstens einzelne Bestimmungen hier wiedergeben, in denen wohl die alte aber durchaus nicht etwa gute Zeit herauskommt.

So recht bezeichnend für den tiefen Feudalismus, in dem das damalige Deutschland noch steckte, ist gerade dieses Gesetz, das quallert von den Pflichten gegen den Landesherren und erst in zweiter Linie von Pflichten gegen

den Staat spricht. So beginnt dieses wieder mit: „Wir, Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden — — —“ eingeleitete Gesetz sofort:

Von den Pflichten gegen den Landesherren und den Staat

§ 1. Alle Dorfbewohner des Landes sind seiner Königlichen Majestät unverbrüchliche Treue und Gehorsam schuldig, und zwar bey Leib- und Lebensstrafe.

Aber nicht nur dieses Gottesgnaden-Menschlein war durch ein solches Gesetz zur unantastbaren Person erklärt, sondern auch Wer einen königlichen Offizier in der Aus-übung seines Amtes mit Worten oder Tathlich-keiten beschimpft, hat die strengste Zuchthaus- oder Fechtungsstrafe zu gewärtigen. Malat-Abreißer und Schimpfbolde auf die Regierung scheint es bereits damals schon in genügender Anzahl gegeben zu haben, was z. B. aus fol-gendem hervorgeht:

§ 2. Wer angeklagene Obrigkeitliche-Patente oder andere Verordnungen abreißt, beschädigt oder beschimpft, wird nach Beschaffenheit der Umstände mit körperlicher Züchtigung, Straf-Arbeit, Gefängniß oder mit verhältnismäßiger Geldstrafe belegt.

Verchwunden ist heute lediglich die behördlich angeordnete Züchtigung; das besorgen heute bei dergleichen Delikten unsere Radikalen selber, leider mit einer selbst damals nicht gekannten Roheit und Grausamkeit. Steuern scheint man auch vor hundert Jahren nicht allzu gerne und freiwillig gezahlt zu haben, sonst hätte man nicht folgenden Paragraphen gemacht:

§ 4. Alle Landesherrlichen Abgaben müssen ohne Widerrede und prompt geleistet werden, besonders die Königlichen Steuern, welche von den Saumlässigen sofort durch Execution bengetrieben werden sollen.

Dies ist übrigens der einzige Paragraph, den wir nicht auf-gehoben wissen möchten. Möge der Landtag ihn zum Schrecken manches Großgrundbesitzers und anderer fauler Steuerzahler wieder zu Ehren bringen. Die Frage der Exekution könnte ja durch besondere Ausführungsbestimmungen neu geregelt werden. Nichts, aber auch gar nichts wollen wir von dem echt mittel-alterlichen folgenden Paragraphen wissen.

§ 5. Jeder Dorfbewohner ist schuldig, dem Staate als Soldat zu dienen; davon sind nur angelesene Wirthe und diejenigen, welche zu einer besonders eximirten Classe gehören, befreit. Es sind daher die Eltern aller jungen Furichen, welche nach den herrschenden Gesetzen als wirkliche Contingenten betrachtet werden, verbunden, der Einziehung ihrer Söhne nicht im mindesten zu widersprechen, sondern vielmehr selbige zur unverbrüchlichen Treue und Erfüllung ihrer Pflichten von Jugend auf zu er-mahnen. Diejenige Eltern, welche sich hierin etwas zu Schulden kommen lassen, oder wohl gar mitwirken, um ihre Söhne von dem Entrollement zu entziehen, haben die darauf gesetzte Strafe

des Zuchthauses oder wohl gar des Stranges zu gewärtigen. pp

Die Gastwirthe scheinen ja anno dazumal eine recht bedeutende Rolle gespielt zu haben, daß ausgerechnet sie so wichtig genommen wurden, daß sie nicht zum Militärdienst herangezogen zu werden brauchten. Wie drakonisch gerade auf diesem Gebiete die Strafen lagen, geht aus der Strafbestimmung gegen die Eltern hervor, die für eventuelle Drückerbergerei ihrer Söhne mit Zuchthaus oder sogar mit dem Strang bestraft werden konnten.

Recht froh können unsere heutigen Schriftsteller sein, daß sie nicht mehr nach folgendem Passus bestraft werden:

§ 3. Unbefugte Schriftsteller und heimliche Rathgeber werden mit Spießruthenläufen bestraft.

Bei der heutigen Kulturreaktion aber kann man sich recht gut vorstellen, daß eifrige Rülze gern auch diese Be-stimmung wieder eingeführt sehen möchten. Wir eigentlich auch. Aber gegen diejenigen, die von altem Muckerrum befangen gegen alles zu Felde ziehen, was nach Fortschritt riecht.

Was aber lagen unsere heutigen freien Staatsbürger zu folgendem herrlichen Passus:

Das Tabakrauchen außer den Bohnstüben, besonders bei dem Getreidebinden, Laden und Einführen, auch Holz und Reiffing haben, ist bei dreistündigem Halsseilen und nach strengerer Leibes-Strafe verboten. Das Schießen auf Hoch-zeiten und andern Gelagen, nahe an oder zwischen Gebäuden ist bei Zuchthaus-Strafe untersagt. pp

Neugierig ist man doch, einmal zu erfahren, wieviel Bürger, pardon Untertanen, damals mit dem Halsseilen bedacht wurden. Gut, daß dieser ganze Gesetzeskram jetzt endlich aufgehoben wird, denn bei der Posse muckelei mancher Dorf gewaltigen wäre es nicht ausgeschlossen, daß nicht doch noch einmal ein Gemeindefürst auf diese Bestimmung verfällt und sich beim Dorf-schmied einige Duzend Halsseilen — soweit würde man heute schon brauchen — bestellt, um sie seinen auf der Straße rauschenden Gemeindegeliebten anzuhängen. Auf recht tolle Art aber scheint man früher Hochzeit gefeiert zu haben, wenn ausdrücklich das Schießen bei diesen Anlässen ver-boten werden mußte, merkwürdigerweise aber nur an oder zwischen den Gebäuden. In den Wohnungen war wahrscheinlich eine solche Knallerer erlaubt. Was geschieht aber nun nach Aufhebung die-ses Gesetzes? Na zum Glück sind auch nach 1804 noch andere Ge-setze gemacht worden, so daß man nun das Schießen auf Hoch-zeiten nicht einmal gerade strafrei lassen wird.

Eine ganze Welt, von der man heute kaum noch etwas weiß, eröffnet sich beim Lesen dieser Zeiten, die Zeit des Feudalismus und des finsternen Mittelalters. Gemessen an der damaligen Unfreiheit, haben wir es doch heute schon um ein gutes Stück weiter gebracht. Der Feudalismus ist durch die kapi-talistische Wirtschaftsordnung abgelöst worden, ein Herzogtum Schlesien und ein Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden gibtes schon längst nicht mehr. Geblieben aber sind bis auf den heutigen Tag uralte Gesetze und vermoderne Bestimmungen. Ein Teil, aber nur ein winziger Teil wird allmählich beseitigt. Viele Tausende ähnlicher Ge-setze bestehen noch munter fort. Denn nur langsam, sehr langsam, wälzt sich der Ueberbau der übrigen Entwicklung unserer heutigen Ge-sellschaft nach. „Es erben sich Gesetze und Rechte, wie eine ewige Krankheit fort“ Und erst wenn heute Vernunft zum kompletten Unfuss und Wohlthat zur großen Plage geworden, fängt man an zu reformieren. „Weh dir, daß du ein Enkel bist.“ —ig.

Verkehrsunfall fordert 3 Todesopfer

Ein außergewöhnlicher Verkehrsunfall ereignete sich gestern mittag um 12 Uhr auf dem Straßenbahnkörper in der Friedrich-Ebert-Straße, wo eine Frau mit zwei Kindern plötzlich vor einem in voller Fahrt heran-nahenden Straßenbahnzuge über den Bahnkörper laufen wollte, aber von dem nicht mehr zum Halten zu bringenden Zuge umgerissen und mitgeschleift wurde. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurden die drei Unglücklichen in die Chirurgische Abteilung der Universitätsklinik geschafft, wo sie im Laufe des Nachmittags starben.

Ueber den Hergang des schweren Unfalles erfahren wir noch die folgenden Einzelheiten: Der Unfall ereignete sich in der Friedrich-Ebert-Straße zwischen Bagelweide und Hindenburgstraße, wo die Bahn auf eigenem Bahnkörper fährt. Ein Zug der Linie 18, der um 11.55 Uhr die Endstation in Zimpel verließ, fuhr, wie alle Züge auf dieser Strecke, in voller Fahrt. Von der Haltestelle an der Hindenburgstraße bemerkte der Wagenführer die Frau, die zwei Kinder, ein Mädchen und einen Knaben, führte und in einer Entfernung von 1 1/2 Metern abseits der Schienen stand. Der Wagenführer nahm an, daß sie das Vorbeifahren des Straßenbahnzuges abwarten wolle und verminderte deshalb auch die Geschwindigkeit nicht. Plötzlich gegen die beiden Kinder die Frau an den Händen und stützten sie, vor dem heranbrausenden Straßenbahnzuge über den Bahnkörper zu laufen. Ehe der Führer überhaupt dazu kam, die Bremsen in Tätigkeit zu setzen, war das Schreckliche ge-schehen. Alle drei Personen wurden umgerissen und mit-geschleift und obwohl der Führer sofort alle Bremsen betätigte, gelang es ihm erst 30 Meter weiter den Zug zum Stehen zu bringen. Schwer verletzt wurden Frau und Kinder unter dem Wagen hervorgeholt und in die Universitätsklinik eingeliefert. Die beiden Kinder hatten schwere Schädel-

verletzungen, so daß das Gehirn herausrat. Ihr Zustand war hoffnungslos. Auch die Frau hatte einen Schädel-bruch erlitten und wurde sofort operiert, wobei ihr mehrere Knochen splitter entfernt werden konnten. Alle Verletzungen waren jedoch vergebens. Gegen 16 Uhr starb das Mädchen, bald darauf die Frau und kurz nachher der Knabe.

Die von dem schweren Unfall sofort verständigte Verkehrs-polizei nahm sofort alle Ermittlungen auf und auch die Kriminalpolizei mußte eingreifen, da in den Kleidungsstücken der Verunglückten nichts gefunden wurde, was über ihre Persön-lichkeit hätte Aufschluß geben können. Erst in den Abendstunden gelang es festzustellen, daß es sich um das in der Dübnowstraße 2 wohnende 36 Jahre alte Fräulein Maria Hedner und die Kinder ihres Schwagers, des in der Panitzstraße 52 wohnenden Bau-technikers Hermann Hüblich handelt. Die Tante hatte mit ihrer 3 1/2 jährigen Nichte Eva und dem 4 1/2-jährigen Neffen Klaus einen Spaziergang unternommen, der einen so tragischen Ab-schluß fand. Soweit die kriminalpolizeilichen Feststellungen erkennen lassen, trifft den Wagenführer kein Verbrechen. Ein ab-schließendes Ergebnis wird sich aber erst nach Berechnung aller Augenzeugen geben lassen.

Wie wir noch erfahren, wollte die Tante mit den beiden

Gegen rote Hände: Creme Leodor

Die kühlende und heilende Wirkung der schneeweißen Creme Leodor tritt besonders in Erdbeinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte im Winter stark gerötet sind. Auch bei spröder und aufgesprungener Haut leistet die Creme bei dem so lästigen Juckreiz der Haut sowie als Puderunterlage vorzüglich Dienste. Tube 60 Pf. und 1 Mk., wirksam unterstützt durch Leodor-Edelseife, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

Bei Nieszky wird geschossen

Landjäger auf der Dienstfahrt erschossen Die gleichen Täter wie bei dem Ueberfall auf die Nazitruppe?

Wie wir bereits berichteten, wurden am 30. Januar, gegen 1 Uhr, in der Feldmark See bei Nieszky Nationalsozialisten, die zu Fuß zu einer Versammlung begeben wollten, aus dem Walde heraus angeschossen. Einer der Nazileute ist inzwischen an den Verletzungen erlegen. Die Annahme, es handle sich um Kommunisten, ist bis jetzt noch in keiner Weise belegt, da die Hauptpunkte über die Täter fehlen. Der Regierungspräsident hat für Aufklärung des Falles eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Am Dienstag hat sich nun in unmittelbarer Nähe des Ortes ein ähnlicher Fall ereignet, dem ein Landjäger zum Opfer fiel. Die Pressestelle der Regierung Liegnitz teilt hierzu folgendes mit: Auf den Landjäger Scholz aus Thranau, Kreis Rothenburg O., ist am 3. Februar, vormittags, als er sich auf seinem Fahrtrabe auf dem Wege von Nieszky nach See befand, in einem Kilometer hinter Nieszky, erschossen worden. Der Beamte wurde schwer verletzt und ist inzwischen verstorben. Zur Ermittlung des Täters haben sich Beamte der Landjägerei, der Landes kriminalpolizei Liegnitz und der Schutzpolizei Görlitz an den Tatort begeben. Insbesondere sollen die umliegenden Wälder nach dem Täter abgesehen werden. Der Regierungspräsident in Liegnitz sichert demjenigen, der den Täter so ermittelt, daß er gerichtlich bestraft werden kann, eine Belohnung bis zu 1000 Mark zu.

Man vermutet, daß es sich um die gleichen Täter handelt, die bei dem Ueberfall auf die Nazikolonnen.

Preisabbau im Fleischbeschauen

Die Preisstelle des Regierungspräsidenten zu Breslau teilt mit: Auf Anordnung des Landwirtschaftsministers sind mit Wirkung vom 1. Februar im heiligen Bezirk die Fleischbeschaugebühren um etwa 6 Prozent herabgesetzt worden. Eine gleichzeitige Ermäßigung der Gebührenzuschläge ist leider nur für einige Kreise möglich gewesen, da die Ausgaben für die bakteriologischen Nachuntersuchungen in der Fleischschau, die zur Verhütung von Fleischvergiftungen unumgänglich sind, in den heiligen Kreisen sehr große Anforderungen an die Kreisergänzungsstellen stellen.

Diese Gebührenermäßigung, die im Rahmen der allgemeinen Preisentlastungsaktion vorgenommen worden ist, erstreckt sich nur auf die Fleischschau außerhalb der öffentlichen Schlachthäuser. Die Schlachthausgemeinden sind jedoch entsprechend den Wünschen, die aus dem Kreise des Fleischereigewerbes vorgebracht wurden, angewiesen, die staatlichen Behörden bei ihren Bemühungen um die Herabsetzung der Fleischpreise durch Ermäßigung der Schlachtausgebühren nach Möglichkeit zu unterstützen.

Auch Herischdorf protestiert

gegen den Kieselgajometer

Der Streit um den für die Jerngasleitung Waldenburg-Herischdorf in Aussicht genommenen Kieselgajometer ist noch nicht beendet. Nachdem Warmbrunn insofern jetzigen Aktion gegen diesen, seiner landwirtschaftlichen Bedeutung abträglichen Bau ausgehoben ist, hatte man bekanntlich Herischdorf in Aussicht genommen. Auch hier scheint man aber nicht übermäßig begeistert von dieser baulichen Veränderung des Ortsbildes zu sein, denn der Verkehrsverein Herischdorf hat dieser Tage eine Protestkundgebung organisiert, die gut besucht war und sich direkt an das Ministerium wandte, um darzulegen, daß der Gajometerbau dem Fremdenverkehr des Ortes abträglich sein würde.

Aus der Haft entlassen

Erfolgreiche Haftbeschwerden der Banzlauer Arbeiter

Die Banzlauer Arbeiter, welche am 21. Januar vom Ersten Senat des Schöffengericht Liegnitz wegen eines sehr problematischen „Landfriedensbruchs“ am sogenannten Schwarzen Freitag in Banzlau zu unerhört hohen Gefängnisstrafen verurteilt und auf Anordnung des Gerichts sofort in Haft genommen wurden, haben inzwischen Haftbeschwerden eingelegt. Wie aus Liegnitz gemeldet wird, wurde der Beschwerte im Haftprüfungstermin stattgegeben und die Angeklagten Gottwald, Reimann und Stamm, die sämtlich Berufung eingelegt haben, gestern aus der Haft entlassen.

nommen wurden, haben inzwischen Haftbeschwerden eingelegt. Wie aus Liegnitz gemeldet wird, wurde der Beschwerte im Haftprüfungstermin stattgegeben und die Angeklagten Gottwald, Reimann und Stamm, die sämtlich Berufung eingelegt haben, gestern aus der Haft entlassen.

Abschluß des Schweidnitzer Nazi-Prozesses

Revision verworfen

In dem Schweidnitzer Nationalsozialistenprozeß Herda und Genossen ist, wie die Justizpressestelle mitteilt, durch Beschluß des Reichsgerichts vom 22. Januar 1931 die Revision der Angeklagten Gottwald, Reimann und Stamm, die sämtlich Berufung eingelegt haben, gestern aus der Haft entlassen.

Darüber ist das Urteil des Landgerichts in Schweidnitz rechtskräftig geworden.

Was tut man zur Schädlingsbekämpfung?

Ratschläge des Landwirtschaftsministers

Der Amtliche Preussische Preisdienst veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Preussischen Landwirtschaftsministers:

Schädlingsbekämpfung im Winter ist in der Regel wirksamer, billiger und einfacher als im Sommer. Für die Winterbekämpfung der Feldmäuse eignet sich besonders das Räucherverfahren mit Schwefelblanz (vergleiche Flugblatt der Biologischen Reichsanstalt Nr. 13). Wo harter Kiefernspinnennetz zu erwarten ist, sind jetzt die Zweiringe anzulegen (vgl. Flugblatt Nr. 27). Viele den Obstbäumen schädliche Motten- und Widlerarten (vergleiche Flugblatt Nr. 50) können durch Rückschnitt befallener Triebe und sorgfältige Säuberung der Rinde bekämpft werden. Raupennester an Obstbäumen, insbesondere die des Baumweißlings (vergleiche Flugblatt Nr. 70) sind zu entfernen und zu vernichten.

Von Samenfasern befallenes Saatgut von Hülsenfrüchten kann jetzt käserfrei gemacht werden (vergleiche Flugblatt Nr. 57).

Richt zu veräugen ist die Beizung des Saatgutes. Die Beizung mit chemischen Mitteln ist gegen Sackbrand des Weizens (vergleiche Flugblatt Nr. 26), Haferbrand (Flugblatt Nr. 38), und Strohkrankheit der Gerste (Flugblatt Nr. 68), die Heilmittelbeizung gegen Flugbrand von Weizen und Gerste (Flugblatt Nr. 48)

Kommunalvertreter im Bezirk Mittelschlesien

Wie schon durch Rundschreiben des Bezirksvorstandes vom 15. Januar d. Js. angekündigt, findet am

Sonntag, dem 8. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gemeindefesthauses Breslau, Margaretenstraße 17.

die dreijährige

Bezirkskonferenz

sozialdemokratischer Kommunalvertreter für den Bezirk Mittelschlesien statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht (Ref. Genosse Bretthorst).
2. Notverordnungen und Kommunalanfragen (Ref. Stadtkämmerer Sillat, R. d. L., Rathenow).
3. Besondere Auswirkungen in den Landgemeinden (Ref. Amts- und Gemeindevorsteher Kleinert, R. d. L.).
4. Freie Aussprache.

Eingeladen sind die Mitglieder der Kreisarbeitsgemeinschaften, alle Kommunalvertreter in Stadt, Kreis und Gemeinde, wie auch alle hauptamtlich in den Kommunen tätigen Genossen. Ohne Parteimitgliedsbuch kein Zutritt.

Bezirksarbeitsgemeinschaft

sozialdemokratischer Kommunalvertreter im Bezirk Mittelschlesien.
J. A. Bretthorst.

wirklich. Ein Verzeichnis der vom Deutschen Pflanzenzüchtungsinstitut als wirksam festgestellten Keimmittel enthält das Merkblatt Nr. 7, die verschiedenen Beizverfahren sind im Merkblatt 2 behandelt; eine Beschreibung erprobter Beizgeräte findet sich im Flugblatt Nr. 82. Ausführliches über die Schädlingsbekämpfung an Azaleen und Rhododendron enthält das Flugblatt Nr. 99/100. Beim Bezuge von Saatkartoffeln ist auf die Krebsanfälligkeit der Sorten zu achten; treibste Kartoffelsorten nennt das Merkblatt Nr. 1. Auskunft über Pflanzenkrankheiten und Schädlingsarten erteilen die zuständigen Hauptstellen für Pflanzenzüchtung, deren Anschriften in dem Merkblatt Nr. 4 angegeben sind. Preis der Flug- und Merkblätter je Nummer 10 Pf.; portofrei. Bezug durch die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft, Berlin-Dahlem (Postfachkonto Berlin Nr. 75 oder in Briefmarken) und die amtlichen Pflanzenzüchtungsinstitute. Regelmäßige Zustellung der Neuerscheinungen bei Vorauszahlung von 1,50 oder 2 Rml.

Hühnerrei, Kr. Glogau, Notlandung. Das Verkehrsflugzeug Berlin-Breslau mußte am Dienstag wegen dichten Nebels hier in der Nähe notlanden. Dabei wurde die Maschine unweitenshaft beschädigt. An Bord befanden sich der Pilot und ein Begleiter. Außerdem führte das Flugzeug Fracht und Post.

Siebeneichen, Kreis Löwenberg. Ein angenehmer Reisender. In einem hiesigen Hause sprach ein angeblicher Reisender vor, der Empfangnis-Verhütungsmittel anpries. Plötzlich fiel er über eine Arbeiterfrau her und versuchte, sie zu vergewaltigen; erst auf das Geschrei der Kinder hin löschte er. Im ersten Stockwerk überfiel er eine andere Frau, warf sie zu Boden, wurde von ihr aber mit der Kohlenkassette in die Flucht geschlagen. Er wurde später in Märzdorf vom Landjäger verhaftet.

Diebau, Kreis Rawall statt Politik. Die Schlesische Provinzkorrespondenz meldet: Gelegentlich einer nationalsozialistischen Versammlung kam es hier wieder zu politischen Schlägereien. Zwischen Suchwald und Diebau wurde ein Nationalsozialist von Kommunisten ernster verletzt. Auch in Schmiedberg ist ein Verlehter zu beklagen. Angeblich weil ein Kommunist von Nationalsozialisten mit einer Rodehade angegriffen wurde.

Ludwigsdorf, Kr. Neurode, Kohlenoxydvergiftung. In Scholzengrund bei Ludwigsdorf fanden Nachbarn das Renteneinpänger-Gepaar Jeshenbauer in der mit Kohlenoxydgas gefüllten Wohnung leblos auf. Frau Jeshenbauer war bereits tot, während sich ihr 11-jähriger Mann im Krankenzimmer wieder erholt. Die alten Leute haben beim Schlafengehen den Ofen nochmals geheizt.

Dörsch, Kreis Ratibor, Mutiger Lebensretter. Der Sohn des Oberpostkassiers Hirt rettete ein stütztes Mädchen, das auf dem Eise eines Wasserloches in Dörsch eingebrochen war, unter eigener Lebensgefahr vom sicheren Tode.

Mischakowitz, Tod am Radioapparat. Hier verunglückte ein 14-jähriger Gymnasiast am Radioapparat. Beim Herabnehmen der elektrischen Leitung angeschlossenen Apparat löste er die Leitung des Gegenpols, in der sich ein besserer Empfang zu erhalten, in den Mund. Er erhielt einen elektrischen Schlag, der sofort tödlich wirkte.

Wüstschütz, Im Suff sich selbst tödlich verlegt. Zu der Nachricht, daß hier ein Arbeiter tödlich verlegt auf der Straße aufgefunden wurde, wird hier nachgesagt, daß er sich nicht um ein Verbrechen gehandelt hat. Der Verletzte hatte abends mit einem Freunde reichlich dem Alkohol zugeprochen. Auf dem Wege von der Laurentiusstraße nach der Schwanenstraße zog er ein Taschenmesser und machte damit allerlei Bewegungen. Es ist anzunehmen, daß er auf dem vereisten Wege infolge der Trunkenheit gestolpert ist, sich in die rechte Wade gestochen und die Hauptschlagader durchgeschnitten hat. Sein Freund wollte Hilfe herbeiholen; er konnte aber keinen Arzt finden. Zufällig fand er in einem Saale, wo ein Vergnügen stattfand, einige Arbeiterkamaraden, die sich des Verletzten annahmten, und ihn zum Arzt brachten. Dieser konnte aber nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Kattowitz, Die Wahlproteste der Deutschen Wahlgemeinschaft gegen die Gültigkeit der Wahlen zum schlesischen Sejm sind, soweit sie die Kreise Kattowitz und Königshütte betreffen, aus formalen Gründen abgelehnt worden. Die Proteste sollen 24 Stunden vor dem Wahlen eingereicht werden. Ueber den Protest betreffend die Wahl im Kreise Rohnitz sowie über die Wahlproteste der Deutschen Wahlgemeinschaft gegen die Banzlauer Sejmwahlen ist noch keine Entscheidung getroffen worden.

Wen bevorzugen unsere Freunde und Frauen

W. Kelling
schon alle Wäsche,
der Versuch bestätigt es

ESST
Vollkornbrot

Kipke-Ausschank
Large Gasse 62 W. Fraital Lange Gasse 62
Jeden Freitag und Sonntag.
Die beliebten Rundtänze
Gut gepflegtes Kipke-Bier
Sonnabend, d. 7. Februar
Masken-Ball

Schlesische Mühlenwerke
Aktiengesellschaft Breslau
Hervorragend gute
Weizen- und Roggenmehle
Spezialität:
Auszugmehl „Schneeflocke“
erhältlich in allen Verkaufsstellen des Konsum-Verein „Vorwärts“

An Jüden sparen - quäntverloren
An Aßoren braucht ihn -
Jüden nützt

Bürgergarten
Taschenstraße 10/11 Weidenstraße 31
Inh. Friedrich Pache
Größtes Speise-Restaurant
Ausschank von Haase-Bieren

Für Drucksachen u. Inserate
Schönhals Klischees
Breslau I - Bauschstraße 51

W. Popp & Co.
BRESLAU II Fernruf 205 59
Fleischsalat und Mayonnaise
Erste und älteste Firma am Platze
Lieferant des Gemeindefesthauses

Schwinge & Stehr, Papierverarbeitungswerk, Breiten 24
Tüten und Beutel aller Art zur Verpackung von Lebensmitteln, Kaffee, Tee, Kaka, Zigarren- u. Zigarettenbeutel - Dragen- u. Samenbeutel
Beste Qualität - Billigste Preise
Vollständige Ausstattung mit und ohne Druck



Ein Igwanen Galt, wenn Sie bei uns kaufen. Unsere Tassen und Geschäfte unermessigen Billigkeit und sehr Qualität!

Marinellensalat hervorragend bekömmlich -.10 Maltesischer Salat äußerst schmackhaft und pikant -.20 Flussbarsch von irischem Rind- u. Schweinefleisch -.10 Flussbarsch kräftig und gehaltvoll -.15	Wiener Würstchen in Qualität 1 Paar -.10 Knoblauchwürst allerfeinste Qualität -.15 In Polische unser Schläger -.20 Delikatesswürstchen 1 Paar -.20	Kraussamer Weißwurst mit Sauerkraut jeden Dienstag und Freitag -.15 Kraussamer Leber- -.25 Schweinefleisch halt -.35 Pfaffenbraten allerfeinste Qualität -.45 Lachsschinken allerfeinst. Qual. -.50	Flora Kaffee garantiert reiner Bohnenkaffee von unübertrefflicher Güte -.20 Tea mit Rum hochfein -.25 Heidelbeerwein (heiß) -.15 Gilbweine reiner Rotwein 0.35 -.20 Greg hochfein 0.45, 0.40 -.35
---	---	---	---

Auf diese Preise können wir auch bei größerem Bezug keinen Nachlass gewähren. Verkauf in 20 Geschäftstagen.

Gemeindefasse Klettendorf vor Gericht

Die Anfragen des Abgeordneten Wende hinreichend beantwortet

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Wende-König befragte vor geraumer Zeit wiederholt die Öffentlichkeit und das Innenministerium mit seinen Anfragen hinsichtlich der Kommunalverwaltung in Klettendorf, wobei er naturgemäß den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, Genossen Kleinert, aufs Korn nahm und allerhand Gerüchte, vielleicht auch Zuträgereien oder Wirtshausgespräche, zur Grundlage „Kleiner Anfragen“ machte. Zweck derhebung war natürlich die „rote Fangerwirtschaft“ zu demaskieren, denn der alte Gott der Deutschen hat in Preußen nur den Teufel abel zur Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten auserkoren. Der Einbruch ganz gewöhnlicher Proleten in die öffentliche Verwaltung wird vom Bürgerturn über all vermerkt, von den Deutschnationalen Nichtwählern aber geradezu als Verbrechen an den heiligsten Traditionen des Volkes angesehen, und jede sozialistische Beeinflussung oder gar beherrschte Verwaltung entsprechend unter die Lupe genommen.

Über Herr Wende hat wenig Glück, denn die Verhandlung, die gestern vor dem Erweiteren Schöffengericht in Breslau unter Vorsitz von Landgerichtsrat Gajda gegen den ehemaligen Kassendirektor der Gemeinde Herzog stattfand, zeigte deutlich, was an den Märchenzählungen des Herrn Wende dran ist. Die Verhandlung hatte naturgemäß zahlreiche Einwohner von Klettendorf als Zuhörer, welche jedoch nur teilweise auf ihre Kosten kamen, denn der beschränkte Raum eines hilfsweise benutzten Verhandlungslokales veranlaßte den Vorsitzenden, die Öffentlichkeit auf sechs Personen zu beschränken, die auf der einzigen Bank des Zuhörerraumes Platz hatten. Warum andere Zuhörer, die standen, aber den Platz bei weitem noch nicht ausfüllten und sich durchaus ruhig verhielten, ziemlich hart hinausgewiesen wurden, ist übrigens nicht recht verständlich.

Der angeklagte ehemalige Kassendirektor Herzog verteidigte sich nicht besonders geschickt. Er findet es bis heute „unerklärlich“, wie es bei einer von dem Gemeindevorsteher Genossen Kleinert angeordneten Revision ein fürchterliches Durcheinander der Belege und Erklärungen vorgefallen wurde, bei dem man im Endergebnis 3783,50 Mark Fehlbetrag erreichte. Bei den Rechtfertigungen wurden allerdings auch solche Belege, und zwar in beträchtlicher Höhe ermittelt, die ihn entlasteten. Jedem eine plausible Erklärung findet H. hierfür nicht. Er behauptet, übersehen gewesen zu sein, muß sich dann aber vom Genossen Kleinert legen lassen, daß der jetzige Kassendirektor Gajda von größerer Verantwortung leicht mit allem fertig wird. Der frühere Gemeindevorsteher Strawitz sagte aus, H. sei jederzeit immer sehr gewissenhaft und ordentlich gewesen, habe denn allerdings etwas zu kritisieren angefangen. Ob alljährliche Verrechnungen die Ursache dieser Dinge sind, wird jedoch nicht recht geklärt, doch könnte man nach dem persönlichen Eindruck in dieser Auffassung kommen.

Herrn Wende wurde die Kasse früher bei verschiedenen Revisionen in immer und befunden, obwohl nunmehr Belege sogar aus dem Jahre 1924 fehlen. Dem Genossen Kleinert war nach seinem Ansatzen auf Grund der in Ordnung gehaltenen Rechnungen zunächst nichts aufgefallen. Als er aber nach seiner Wahl in den Landtag abwesend war und wiederherkommen wie vorgelesen, fiel ihm auf, daß H. nicht auf dem laufenden war. Er stellte verschiedene Unrichtigkeiten, insbesondere bei der Steuererhebung fest und gab Herzog auf nachzusehen und die Kasse in Ordnung zu bringen. Als dies aus keinem persönlichen Willen nach seinen Heberbild ergab, ordnete er dann die Revision durch den Revier Kassier an, die nunmehr umfassend alles durchsuchte und zu dem ihnen genannten Ergebnis kam. Bei dem Versuch, die Kasse in Ordnung zu bringen, hat H. die verschiedenen Angaben gemacht und dem Revier Unrichtigkeiten gelagert.

Auch in der heutigen Verhandlung versuchte er sich durch unvollständige Angaben über angeblich geheime Girobücher, Verwendung von Staatsrechnern für Gemeindefasse (was auch in großen Städtegemeinden Schönlern immer vorgekommen sein soll, ohne daß deswegen die Kasse in Unordnung geriet) und verschiedene Seitenhiebe auf Kleinert zu entziehen. Dadurch verflüchtete er aber seine Situation ganz wesentlich. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft ließ daher Unterabfertigung der fehlenden Summe als erweisen an, betonte besonders die willkürliche Arbeitsweise des H., seine verschiedenen wechselnden Ansätze und die ebenfalls in der Jugendrechnungen festgestellte Tatsache, daß H. Steuerrechnen ermahnte, die schon bezahlt waren und diese wenn sie reklamieren, die Mahnzeile nicht annehmen sollte, um sie dem Gemeindevorsteher vorzulegen. Das in Verbindung mit den früher genannten Revisionen beweist die Unterabfertigung; eine Entschuldigung, die nach dem Frageergebnis allerdings sehr nahe liegt, aber doch geiziglich bleibt, wenn

die Verwendung der fehlenden Gelder ebenso ungeklärt bleibt, wie das Motiv. Der Anwalt des Angeklagten suchte dies daher besonders zu unterstreichen, die Anklage habe die Unterabfertigung zu beweisen und sie habe sie, trotzdem manches zweifelsohne gegen H. spräche, nicht bewiesen.

Das Gericht war anderer Meinung. Es verurteilte Herzog gemäß dem Antrag des Staatsanwaltes zu neun Monaten Gefängnis und den Kosten des Verfahrens, denn es sieht die Unterabfertigung gemäß logischer Schlussfolgerung aus dem Ergebnis der Verhandlung als erwiesen an. Schlussfolgerungen sind aber keine Beweise. Darum gebietet uns unsere grundsätzliche Einstellung zur Strafrechtspflege festzustellen, daß dieses Urteil weit über die konkreteren Feststellungen hinausgeht und uns nicht haltbar vorkommt.

Die politische Seite der Angelegenheit allerdings wurde in diesem Prozeß hinreichend geklärt. Nicht der sozialdemokratische Gemeindevorsteher war schuld an den Mißständen in der Kasse, sondern er war es, der sich mit Energie daran setzte, die Unklarheiten der Herzogischen Kassenerführung aufzuklären, dann die Revision verfügte und die Kassenerführung neu ordnete. Herr Wende sollte mit seinen Anfragen, besonders aber mit seinen Gewähsmännern vorrückiger sein. Das wäre für ihn selbst und seine politischen Freunde sehr vorteilhaft.

Stahlhelm- und Nazijungen um Breslau

Aus Brokan wird uns geschrieben: Die Nazis und der Stahlhelm scheinen ihr Operationsfeld vom nordöstlichen nach dem südöstlichen Teil des Landkreises verlegt zu haben, wahrscheinlich weil ihnen dort die Arbeiter zu sehr auf die Finger gucken und das Schicksalheit bei Herrn Delfen ihnen nicht bekommen ist. Wurden schon seit Wochen verschiedentlich anderen Betrübungsmaßnahmen Sonn- und wochentags Feldübungen der Nazis gemeldet, so konnte man sie vergangene Sonntagabend in großer und kleiner Trupps selbstmariätmäßig auf dem Wege nach Klein-Sägewitz gesehen haben. Sie wurden von bekannten Nazis in Zivil und mit diesen Knotenbüchsen bewaffnet, begleitet.

Ebenso wurde am Sonntag vormittag ein Trupp Brokaner und Breslauer Stahlhelmer beobachtet, die mit feinstem Schloßgelang für das Vaterland zu kämpfen bereit von Brokan nach der Dübauer Straße marschierten. In der Spitze marschierte eine Gruppe in blauer Marineuniform. Ob die betreffenden nun nach der Schänke marschierten, um das Schwimmen zu lernen, ist hier nicht bekannt.

Nazisten-Terror in Klein-Sägewitz

Landtagsabgeordnete übernimmt Fortsetzung der Nazi In Klein-Sägewitz fand am 31. Januar eine Naziverammlung statt, zu der die SPD öffentlich eingeladen wurde, was die bereits unter merkwürdigen Umständen begann.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Die Bezirksleitung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend für Westschlesien findet Sonntag, den 5. Februar, 9 Uhr, im „Volkswacht“ in Schwandorf statt.

- Tagesordnung:
1. Bericht:
 - a) Arbeitsbericht — Referent: Genosse Max Seidel.
 - b) Kampfergebnisse — Referent: Genosse Hans Stephan.
 2. Tagesfrage
 3. Wahlen und Anträge.
 4. Verschiedenes.
- Um 15 Uhr folgt ein politisches Referat des Genossen Willi Joppa (Schwandorf): „Die politische Entwicklung der letzten Jahre und der Sozialismus“, und um 19 Uhr die „rote Jugendzeit“ im großen Saal der „Stadtbreslau“. Das Programm gehalten: Kalkenberg (Langenaupe), Striegler (Jugendchor), Breslau (Spielgruppe).
- Alle Ortsgruppen müssen auf der Konferenz vertreten sein. Freundschaft!
- Der Bezirksvorstand.

Es wurde nämlich, wie üblich — es scheint dies außer den Unternehmervorstellungen die einzige Einnahmequelle der Nazis zu sein — ein ziemlich hohes, für Erwerbslose aber ermäßigtes Eintrittsgeld verlangt. Um die Kontrolle, wer erwerbslos sei, bemühte sich in uneigennützigster Weise der Ober-Landjägermeister Nieschke-Kaitern; immerhin eine ungewöhnliche Beschäftigung für Organe des politischen Vollziehungsdienstes, für die der Landrat zweckmäßigerweise eingehende Durchführungsanweisungen erlassen sollte.

In der Versammlung verzapfte dann der berufsmäßige Nagelredner Wagner die üblichen Hrasen aus dem dritten Reich, währenddem plötzlich etwa 170 seiner Stimmungsfreunde, teilweise uniformiert, mit Stöcken, Knäueln, Tischschlägern und Militärspaten bewaffnet, in den Saal strömten und Hitler hochleben ließen. Es entspann sich eine Auseinandersetzung mit anwesenden Arbeitern, die den Saal verlassen wollten, in deren Verlauf mehrere Sozialdemokraten von den bewaffneten Horden niedergebroschlagen und verletzt wurden. Herr Nieschke verlagte dabei vollständig. Als zu Beginn des Auftretens der Bande verlangt wurde, er möge diese Leute auf Waffen untersuchen, gab er eine ausweichende Antwort und tat — nichts.

300 Mark Belohnung

für Aufklärung des Eisenbahnattentats bei Schottwitz Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft hat die Reichsbahn eine Belohnung von 300 Mark unter Ausschluß des Rechtsweges für Ermittlung der Täter des Eisenbahnattentats bei Schottwitz am 27. Januar ausgesetzt.

Die Maul- und Klauenpest

Im Landkreis Breslau ist die Maul- und Klauenpest in der Ortsgast Sade mit ausgebrochen; erfolgt ist sie auf dem Kofenortwerk bei Glosnik. Unter dem Viehbestande des Vorwerks Karolinenhof bei Marchwitz ist die Maul- und Klauenpest ausgebrochen. Soweit bekannt ist, bildet Vorwerk Karolinenhof den Sperrbezirk.

Brokan. Das Postamt verheiratet eine Witwe. Kam hier dieser Tage die Witwe P. auf das Postamt, um die Pensionrente für ihr Kind abzuholen, da wurde ihr mitgeteilt, sie könne die Rente wegen Verheiratung nicht bekommen. Die Witwe, die es selbst noch gar nicht wusste, daß sie wieder verheiratet sei, mußte unverrichteter Sache abgehen um zu warten, bis diese merkwürdige Behauptung des Amtschimmels aufgeklärt wird.

Marchwitz. Die Mitteilung, daß die Dortmunder wieder halbseitig befahrbar ist, geriet gestern wesentlich in der Versammlungskalender. Wir hoffen, daß unsere Marchwitzer Leser sie trotzdem nicht übersehen haben.

Sozialdemokratische Partei
 Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt Nimptsch
 Sekretariat: Margaretenstr. 12, Gartenhaus (Neubau) Zimmer 170-174
 Telefon 9060, 9061
 Geöffnet von 9-17 und 18-19 Uhr

- Klein-Sägewitz.** Freitag, den 6. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Seidel. Redner: Gen. Schiffer, Prastik-Weide. Sonnabend, den 7. Februar, 19 Uhr, bei Gildner, öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Schiffer.
- Kathärlchen.** Sonnabend, den 7. Februar, 19 1/2 Uhr, bei Scholz, öffentliche Versammlung. Redner: Bezirkssekretär Genosse Lehmann.
- Schottwitz.** Sonnabend, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Krampitz, Mitgliederversammlung. Thema: „Die Erwerbslosen der Sozialgesetzgebung in der Republik“. Redner: Genosse Apfelkade.
- Kolkauowitz.** Sonnabend, den 7. Februar, öffentliche Erwerbslosenversammlung um 19 1/2 Uhr. Redner: Genosse Schiffer.
- Bettler.** Sonntag, den 8. Februar, bei Berg, Grünhübel, 15 Uhr, öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Steffen, Breslau.

Wasserstand

Kaffee	42,52	Kanien (Unter-Bege) ...	4,2
Rohöl (Stahl)	1,40	Dubennath	2,38
Schwammung (Unt-Bege)	0,53	Abfüllmenge (selbstl.) ...	166
Stroh (Kalkstein)	2,69	Värchenberg vom 4. 2 ...	1,79
Zucker	0,52	Wasserstände +0,5°	

Sandsten-Anzeigen

Verkauf der Nachtragsmittel - 1. Wahlkreisbesitzer
 Am 2. Februar verabschiedet unser Mitglied, der
Josef Mache
 im Alter von 64 Jahren.
 Da ein solches Andenken bewahren ihm
 die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau.
 Begräbnis: Donnerstag, den 3. Februar, nachm.
 2 Uhr, von der Griechischen Kapelle in Gröbchen.
 Trauerfeier: An dem Kassier 6.



Quabis Brot
 8% RABAT

Bettfedern
 Ionen-Bettfedern
 Friedrich-Bühler-Ges. 43

Berühmte ...

Im unserem neuzeitlich eingerichteten Betrieb alle Werke für den privaten u. geschäftlichen Bedarf. Muster der von uns ausgeführten Arbeiten beweisen Ihnen, daß wir unserer werthen Kundschaft immer den höchsten Gegenwert bieten.

Die kostengünstige Bezugsquelle für verkehrsökonomische Zwecke
„Volkswacht“
GRAPHISCHE KUNSTANSTALT

Gefiederäume
 verschiedener Größe, bald oder später zu vermieten.
 Schlacht- und Viehhofverwaltung Breslau.

Pländer-Auktion
 am 9. Februar
Schneider
 108 Robert-Str.

Maschinen
 verkauft am 2.6.22 an
 Dohm, Schillingstraße 11
 Stürbische 2 Truppen

2 Betten
 Kugeln aus poliert
 Eisen u. Stahl 150
 Möbel aus
 Scholz
 Matthiasstraße 122.

Arbeitslojen
 Das und Acht auch Coll-
 arbeitung bestmögliche
 von 4-10 bis 18 Uhr.
 Sonntag 7. April

3
 Gebiete ...

Buchhandlung
Bottswacht
 Robert-Str. 108
 Breslau 2. K. Gew. 115

Betten
 für ...

Betten
 Gebiete ...

Betten
 Gebiete ...

Betten
 Gebiete ...

Das Erdbeben in Neuseeland
Mehr als 1000 Todesopfer?

Aus den letzten Meldungen scheint hervorzugehen, daß die Zahl der Todesopfer bei dem Erdbeben viel größer ist, als ursprünglich angenommen.

Ein im Erdbebengebiet eingetroffener Journalist meldet: Die Stadt Napier aufgehört zu bestehen. Seine Einwohner irren in der Umgebung umher.

Der „Schwarze See“ Meerespiegel sinkt infolge des Erdbebens mehrere Male am Tage Wasserfälle von 10 Meter Höhe hinaus.

Eine polizeiliche Verordnung verbietet allen Unbefugten und mit keinen besonderen Erlaubnisbeschein versehenen Personen weiter als Dampfnetze (eine Station der Eisenbahn Wellington-Napier) zu reisen.

Neuseelands listete 100 Pfund Sterling, das Publikum beteiligt sich in großzügiger Weise an der Sammlung der nötigen Beträge.

Eine letzte Meldung besagt:

In der völlig zerstörten Stadt Napier muß mit 400 bis 500 Toten und 1500 Verletzten gerechnet werden. Die Totenliste von Hastings steigt ebenfalls.

Stolpe zum Tode verurteilt!

8 Jahre 2 Monate Gefängnis für Lieschen Neumann
6 Jahre 3 Monate Zuchthaus für Benziger

Im Berliner Prozeß um die Ermordung des Uhrmachers Ulrich verurteilte Landgerichtsdirektor Dr. Schmidt am Mittwoch nachmittag 14 Uhr folgendes Urteil:

Die Angeklagten sind schuldig, gemeinschaftlich einen Menschen vorsätzlich getötet zu haben und zwar Stolpe und Lieschen Neumann mit Heberlegung, Benziger ohne Heberlegung.

Eine nichtige Tat, an der es nichts zu beschließen gibt, ist mit einer harten Strafe geahndet worden. Möglicherweise ist diese Strafe auch im juristischen Sinne gerecht.

Am Schluß seines Plädoyers hatte einer der Verteidiger die Formulierung gefunden: „Urteilen Sie milde, dann urteilen Sie gerecht!“

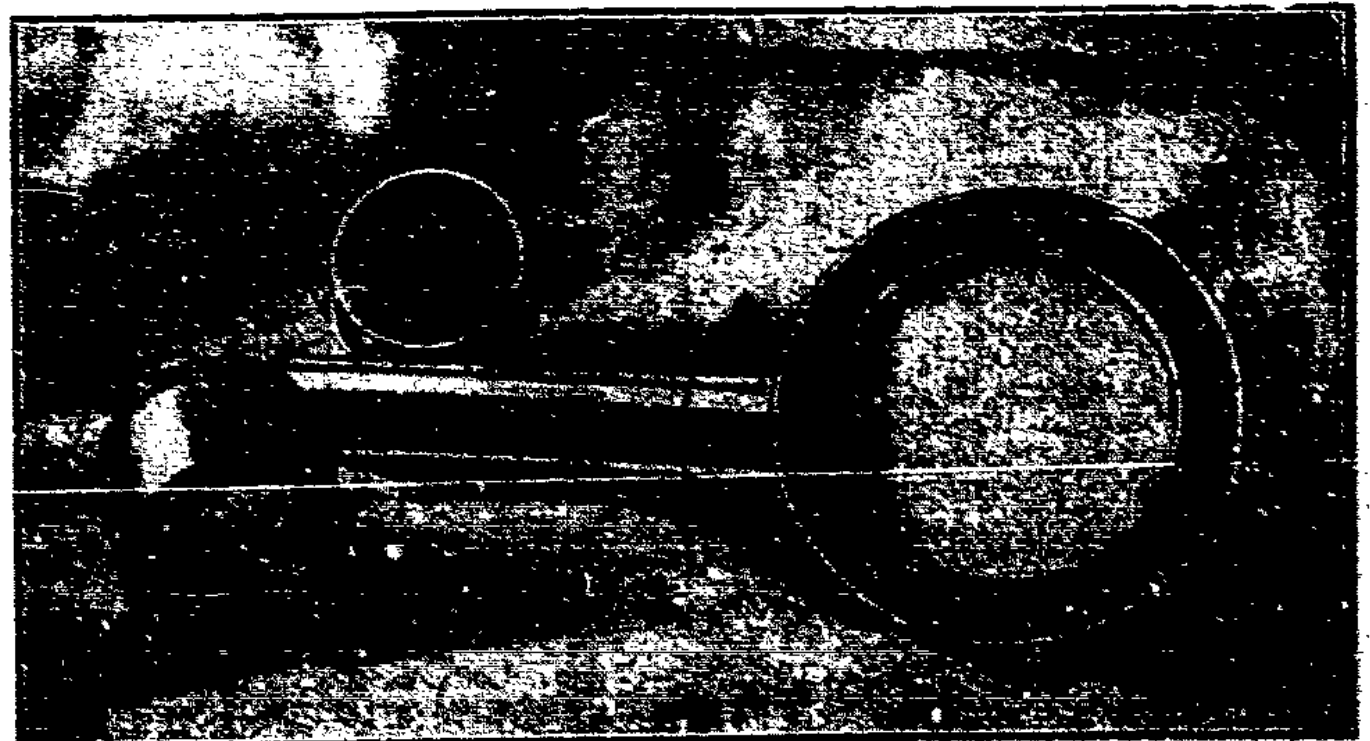
Das ist ein angelegentliches Plädoyer des Staatsanwalts, das er angeht, auch die politische Seite des Lausend-Schwablers zu betonen. Seine Klage lautet der Staatsanwalt auf die

Sache auf: Alles, was Tausend versprochen und vorgeführt hat, war Lug und Trug. Alle Sachverständigen leiten sich darüber einig, daß das bei den Schmelzverfahren erzeugte Gold jedesmal demütig jugelt worden sei.

Der Mann, der Sonnenlicht in Elektrizität umwandelt



Dr. Bruno Lange vom Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem, dem es gelungen ist, Sonnenlicht direkt in nutzbare elektrische Kraft umzuwandeln.



Der Apparat, der aus Sonnenlicht Elektrizität macht

schädigen verurteilt. Es zeigt sich hier das Bild eines internationalen Hochstaplers von ziemlichem Format.

Der Staatsanwalt beantragte demgemäß gegen Tausend wegen fünf Vergehen des Betruges und eines Betrugsversuches eine Gefängnisstrafe von sechs Jahren unter Anrechnung von 1 1/2 Jahren der Untersuchungshaft.

Der Verteidiger des Angeklagten plädierte auf Freisprechung wegen des Goldmachens; eine Verurteilung wegen der Betrugsfälle müsse er dem Gericht überlassen.

„Frenzel“ in Köln

Vor der großen Strafkammer in Köln wurde die Berufung eines 42-jährigen Tochtermeisters verworfen, der im vorigen Jahre vom Schöffengericht wegen Blutschande an seiner 17-jährigen Tochter zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Sirkus-Anglück in Berlin

Im Sirkus Buh in Berlin ereignete sich am Mittwoch während einer Tonfilmaufnahme ein Kabelbrand. Das Emporstiegen einer Stachelnacke sowie Rauch- und Qualmentwicklung trafen unter den zahlreichen anwesenden Statisten eine an sich ungerühmte Panik hervor.

Eine Irrsinnige in der Staatsrats Sitzung

Die 50 Jahre alte Frau Betty Larnowksi, die in einem Hotel am Stuttgarter Platz in Charlottenburg wohnt, trat gestern nachmittag plötzlich den Plenarsitzungsraum des Staatsrates, in dem gerade eine Sitzung abgehalten wurde.

Viscator freigelassen!

Der kommunistische Theaterleiter Edwin Viscator, der vor wenigen Tagen in Berlin verhaftet worden war, ist am Mittwoch auf freien Fuß gesetzt worden.

Absturz eines Wasserflugzeuges bei Plymouth

Ein Wasserflugzeug stürzte über der See bei Plymouth ab und sank binnen wenigen Sekunden. Bei dem Absturz des Flugzeuges sind neun Mann der Besatzung, darunter der Pilot, ums Leben gekommen.

Das Flugzeugunglück soll darauf zurückzuführen sein, daß der Pilot sich bei der Schätzung der Flughöhe irrte. Die Maschine schlug daher beim Niedergehen mit furchtbarer Gewalt auf das Wasser auf.

Dynamit-Auto explodiert

Im amerikanischen Mormonenstaat stieß in der Nähe von Salt Lake City ein Personenzug mit einem Lokauto zusammen. Es ereignete sich eine furchtbare Explosion.

Die Stadt mit der größten Arbeitslosigkeit

Infolge der chinesischen Wirren ist in der Stadt Hanking die Hälfte der gesamten Bevölkerung ohne Beschäftigung.

Sechs Jahre Gefängnis für Tausend?

Der Antrag des Staatsanwalts und seine Begründung

Am Mittwoch unternahm der Verteidiger im Prozeß Tausend noch einen letzten Versuch, die äußerst belastenden Behauptungen des italienischen Zeugen, Professor Sertini, zu entkräften.

Das ist ein angelegentliches Plädoyer des Staatsanwalts, das er angeht, auch die politische Seite des Lausend-Schwablers zu betonen.

Die Leidtragenden

Verwaltungsrat der Reichsanstalt gegen blinden Reformierer

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat dieser Tage den Haushalt der Arbeitslosenversicherung für das Jahr 1931 verabschiedet.

Die Beratungen des Verwaltungsrates wurden eingeleitet von Dr. Sprug, dem Präsidenten der Reichsanstalt. Er gab einen allgemeinen Überblick über die Lage des Arbeitsmarktes und ließ sich dabei mit den von berufener und unprofessioneller Seite gemachten Vorschlägen zur Hebung der Arbeitsmarktlage im einzelnen auseinandersetzen.

Mit unerkennbarer Ironie sprach Sprug die Hoffnung aus, daß es den Wissenschaftlern gelingen werde, andere Wege zur Reform der Arbeitslosenversicherung zu finden, als die von den „verantwortlichen Bürokraten“ gefundenen.

An der Aussprache nahmen auch Dr. Braeker vom IGB und Dr. Croner vom Nationalverband gegen eine Reihe von Verbänden, die sich im Sinne des letzten Jahres für die Arbeitslosenversicherung interessiert haben.

Die Warnung der freien Gewerkschaften und ihre Forderung nach ausgedehnter Vermehrung der Arbeitskräfte in den Arbeitsämtern sind, wie aus Croners Darlegungen hervorgeht, dadurch vollumfänglich gerechtfertigt.

Der Etat der Arbeitslosenversicherung ist in keiner Hinsicht gegenüber dem letzten Jahre zu Gunsten der Arbeiter mit der unbedingten Zustimmung der Reichsanstalt abgelehnt.

Arbeitslosenversicherung bei Kurzarbeit

Die Frage, ob Kurzarbeiterunterstützung gewährt werden kann, wenn bei Arbeitslosigkeit keine anderen Arbeitsstellen oder aus sonstigen Gründen der Verdienstverfall geringer ist, als bei Kurzarbeit, ist nach dem Urteil des Reichsanstalt für die Kurzarbeiter im Sinne der Verordnung vom 2. April 1929 zu bejahen.

in den Genuss sozialer Zulagen tritt, die im Tarifvertrag etwa bei Erreichung eines bestimmten Alters oder bei Familienzuwachs vorgesehen sind, oder wenn durch den Abschluß eines neuen Tarifvertrages eine andere Entlohnung festgelegt wird.

Zur die offiziielle Textilindustrie finden am Freitag Lohnverhandlungen in Dresden statt. Für die thüringisch-sächsische Textilindustrie ist ein Schiedsgericht gebildet worden, der ab 12. Februar eine Lohnföhrung um

Kommunistische Konsumvereine Die Zahlungs-einstellung in Halle

In Halle ist dem praktischen Zusammenbruch des unter kommunistischer Leitung stehenden Allgemeinen Konsumvereins Halle nun auch die offizielle Erklärung der Zahlungsunfähigkeit gefolgt und die rechtliche Konsequenz aus der Einstellung der Zahlungen insofern gezogen worden, als mit den Gläubigern des Konsumvereins ein Vergleich angestrebt wird.

Das Drama in Halle und die Schwierigkeiten in Gotha, denen nicht nur die weiteren in den letzten kommunistisch geleiteten mitteldeutschen Konsumvereine folgen können, enthalten die tragischen Seiten für die Arbeiterklasse, Konsumvereine unter Richtung der gewählten und zahlungsmühen Vorstände zu kommunistischen Wirtschaftskreislauf nach rassistischem Vorbild auszubauen.

Nun hat die kommunistische Frage - das war nicht anders zu erwarten - den Bericht unterzogen, die Verantwortung für den Zusammenbruch in Halle nun auf schulden und den Zentralverband deutscher Konsumvereine damit zu belassen. Es ist sicher, daß die kommunistische Frage in größeren Zügen ebenfalls verstanden wird.

Das gilt auch für die Spezialversicherung von 100 000 M., deren Einführung für die Spezialversicherer in Halle bereits im Jahre 1927 beschlossen wurde.

Handelt es sich um die Mittel der Spezialversicherung der Gothaer Arbeiter, werden diese konsumvereinstreuende, griechisch und ungenügendste, politische Experimente über Vermögensverwaltung gehen, als Arbeiter, Arbeiter und Arbeiterunterstützung verwendet zu werden.

rund 6 Prozent vorsteht. Ein Schiedsgericht für die nordbayerische Textilindustrie will die Zeitlöhne um 2 und die Wollstoffe um 4 Prozent kürzen. Die Unternehmer fordern Verbindlichkeitsklärung des Spruches.

Neue Stilllegungsanträge im Ruhrbergbau

Im Ruhrbergbau häufen sich wieder die Stilllegungsanträge. So entfällt die Zeche Holthaus bei Dortmund 500 Mann, die Zeche Holland 210 und die Zeche Friedrich Nachbar in Hattungen 300 Arbeiter.

Kommunistische Konsumvereine - Schwierigkeiten auch in Gotha!

In Halle von der kommunistischen Leitung abzuwälzen. Tatsächlich ist, daß diese Mißwirtschaft nicht nur die Ersparnisse und Guthaben der halleschen Konsumvereinsmitglieder, sondern darüber hinaus auch noch die Altersersparnisse der Konsumvereinsmitglieder und -angehörigen auf das schwerste gefährdet hat.

Erfahrungen der Konsumgenossenschaften mit den Landwirten

Kürzlich sprach bei einer Volkversammlung der Arbeitnervvertretung bei der Bayerischen Landesbauernversammlung Karmann vom Konsumverein München-Sendling über das Thema: „Die Organisation vom Erzeuger zum Verbraucher“.

Danach sind es in der Hauptsache die stark ausgeprägte Kleinlichkeit der Landwirte, ihre ungenügende Anpassungsfähigkeit und nicht zuletzt der harte Mangel an kaufmännischer Veranlagung, die der Herstellung guter Beziehungen zwischen den Landwirten und den Konsumvereinen hinderlich sind.

Antlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarttes

Table with columns for market date (Hauptmarkt am 4. Februar 1931), location (Breslau), and various animal categories (I. Rinder, II. Rülber, III. Schafe, IV. Schweine) with corresponding prices and quantities.